

Kochbeiterkunde

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis im Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 3 RM. (ohne Bezahlungsgeschr.) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-Alt / Geschäftl. u. Exped. Güterbahnhofstr. 2 / Rennbahn-Sammelnummer 17239 / Postleitzahl Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel-Straße 1 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Hälften höherer Gewalt beträgt kein Aufpreis auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Abonnementpreis: Die normal gehaltene Monatsausgabe oder deren Dauer 0,30 RM. für Familienangehörige 0,20 RM. für die Ausländerzeitung entstehend an den bestellten Zeitungen 1,25 RM. Abonnement-Zahmung liegt vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt, Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Hälften höherer Gewalt beträgt kein Aufpreis auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 15. März 1927

Nummer 62

Zürgens freigesprochen!

Eine unerhörte Provokation der Arbeitertasse
Sicht heraus mit den politischen Gefangenen!

Berlin, 15. März (Eigene Drahtmeldung.)

Im Zürgens-Prozeß wurde gestern vom Gerichtsvorsteher folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte

Bernhard Zürgens wird freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens, sowohl für den Angeklagten

Zürgens betreuen, fallen der Staatskasse zur Last.

Man hofft der Staatskasse zur Last die Kosten, die dem Angeklagten aus seiner Befreiung erwachsen sind. Die angeklagte Ehefrau zu Zürgens wird wegen Meineid unter Anwendung des § 157 StGB in 5 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verhängt sind. Von den übrigen Anklagungen wird die Angeklagte freigesprochen. Sowohl Verurteilung erfolgt, trügt die Angeklagte die Kosten, somit Freispruch erfolkt, werden die Kosten der Staatskasse aufgerieben. Da der Justizraum ausschließlich von Nationalsozialisten gefüllt war und kein einziger Proletarier im Zuhörerraum Antritt gefunden hatte, so war es selbstverständlich, daß im Zuhörerraum der Freispruch ihres Bekennungsgenossen mit Beifallschälen und Bevorwürfen begrüßt wurde. Sobald der Freispruch unter den Proletarien bekannt wurde, erhoben sich sofort laute Proteste gegen die Klassenjustiz.

Was wir vorausgesagt hatten, ist eingetreten. Landgerichts-Richter Bombe hat keinen Freund freigesprochen. Unter den ehemaligen Arbeitern muss dieses Urteil ungewöhnlichem Empfang ausgestehen. Dieser Zürgens hat Arbeiter, die als politische Gefangene eingekerkert waren, gerettet, er hat mit fanatischem Eifer die Kommunisten verfolgt und die beschuldigt, wo er nicht zu verschleiern hatte, er hat während des Krieges in Bezug auf die Ausbeutung mischuldet, er hat mitschuldige Beamte oder Handwerker an die Fronde geschickt mit dem Bedrohen, dienen keinen Urlaub zu geben,

damit sie fassen,

und indirekte Todesurteile ausgesprochen und das „ehrsame“ Ehrenurteil mit Vollstreckung aussetzen.

Jetzt hat er gezeugt, und die Richter haben sich bemüht, ihn zu töten, die Klasse schützt, hat sich eine Silke erhalten. Zürgens kann weiter auf ehrliche Arbeiter losgelassen werden.

Man denkt, ein Arbeiter hätte vor vielen Richtern gestanden, er wäre auf Jahre ins Jachthaus gesichtzt worden.

Ein besonderes Kapitel ist die Frau; die Verhandlungsführung war bemüht, die gesamte Schuld auf die Frau abzuladen, um Zürgens zu entlasten. Aber dann noch die andere Seite: dieser Frau wurde ein Meineid nachgewiesen, das Urteil ist

5 Monate Gefängnis.

Man vergleiche mit diesem Urteil die Urteile über Proletarier, die wegen Zeugengemeinde angeklagt waren, oder überhaupt nur Meineidurteile in den letzten Monaten, da schließlich man die Opfer aus Jahren in die Justizhäuser, auch dann, wenn der Tatbestand nicht voll erwiesen ist.

Vergleicht man aber erst mit diesem Urteil die Hochverratsurteile gegen die Buchhändler, Druckereihaberei, gegen die Seher und Louvurkünste, die Empörung muß jeden ehrlichen Arbeiter ergreifen. Die Justizisten begrüßen das Urteil mit ganz besonderer Genugtuung, haben sie doch einen neuen Beweis erlangt, daß sie in der deutschen Republik machen können was sie wollen, sie werden immer Richter finden, die eine Freisprechung oder eine milde Strafe aussprechen werden.

Zürgens waren Kreishauptmann, Versicherungsbeitrag und vierfacher Meineid zur Last gelegt. Der Oberstaatsanwalt beantragte 2½ Jahre Jachthaus, er erklärte noch vor der Urteilsverkündung, daß er keine Anschuldigungen, die Zürgens dieser Taten überführt, hat, in vollem Umfang aufrecht erhalten, ebenso seinem Strafantrag. Das Gericht spricht Zürgens frei. Schön während der Verhandlungen wurde diesem Angeklagten die größte Bewegungsfreiheit gegeben. Er konnte sich frei bewegen, wurde aus der Haft entlassen. Seine Frau wurde als Krankenstation behandelt.

Zürgens fehlt längst mit seinen Opfern anders um.

Dieser Freispruch muß ein Alarmruf an die gesamte Arbeiterschaft sein, den Kampf gegen die Klassenjustiz mit aller Kraft zu verstärken, die Freilassung der politischen Gefangenen zu erzwingen.

Mit diesem Urteil ist der Fall Zürgens nicht erledigt, die Arbeiter müssen ihr Urteil sprechen. Dieser Richter darf nicht wieder auf mehrere Gefangene losgelassen werden, seine Opfer müssen bestellt werden.

Der Luxemburgmörder Krull unterschlägt 200000 Mark und wird freigesprochen

Wenn ein Arbeiter vor Gericht steht

Klassenjustiz

Am Weihnachtstag hatte in Dresden der Arbeiterherr Zürgen seinen drei Kindern den Christbaum angeschaut. Da zwei seiner Kinder sich noch auf der Straße aufhielten, eilte er die vier Stockwerke hinab, um sie heraufzuholen. Sein vierjähriges Töchterchen muhte er, da er nieemand zur Aufsicht hatte, indessen allein in der Wohnung zurückzulassen. Das Kind kam den brennenden Lüftern zu nahe, seine Kleider fingen Feuer und es starb am nächsten Tage an den schweren Brandwunden, die es erlitten hatte.

Die Klassenjustiz behalt die Schamlosigkeit, den unglaublichen proletarischen Vater jetzt noch wegen „faulößiger Lösung“ anzuladen. Er erschien ohne Verteidiger vor Gericht und brach während der Verhandlung mehrmals unter Tränen völlig hilflos zusammen. Trotzdem verurteilte das Gericht unter dem Vorwurf des Amtsgerichtsrat Ambrosius, den Arbeiter Herr Zürgen zu vier Monaten Gefängnis. Hierzu erklärte im Gerichtssaal, daß er, sobald er freikomme, Selbstmord begangen werde.

Der ehrenwerte Richter Ambrosius, der in diesem angeblich „unpolitischen“ Fall gegen einen Arbeiter als echter Vertreter einer Klassenjustiz zeigte, verdiente es, in die Ehrengalerie der Frieder-Zürgens-Justiz einzetaucht zu werden. Wie hätte er geurteilt, wenn an Stelle des Arbeiters Herr Zürgen ein Bourgeois angeklagt gewesen wäre?

Der Parteitag der SPD

Nach dem Vorwärts hat der sozialdemokratische Parteivorstand den diesjährigen Parteitag für den 22. Mai und folgende Tage nach Kiel einberufen. Der unvermeidliche Wels wird über die „Arbeit des Vorstandes“ berichten. Zum ersten Male seit 39 Jahren wird sich der Parteitag wiederum mit einem Kriegsprogramm der SPD beschäftigen. Den Kampf gegen den Bürgerkrieg als Tagesordnungspunkt sucht man auf der Tagesordnung des sozialdemokratischen Parteitages vorsichtig, ebenso wenig wie man ancheinend Zeit für die Erwerbslosen, Rentner und Inflationsoffener. Als Ausgleich dafür wird sich Hilfsförderung eingehend über die Mitarbeit der SPD an dem Bürgerkriegsstabtinent anlässlich.

Nach kurzer Beratung — und Würdigung der Sachlage — brach das Gericht den Angeklagten frei. In der Begründung des Urteils ist man der Auffassung, daß das Reichswehrministerium des Heeres damals hart unterstellt habe und solche Geldsummen — wie sie Krull erzählt — leicht möglich gewesen seien. Die patriarchalischen Verhältnisse bei den Kochbachbanditen seien verständlich erscheinen, daß eine Rechnungsabrechnung nicht erfolgt sei.

Keine Einigung zwischen Russland und der Schweiz

Berlin, 15. März (Eig. Drahtmeldung.) Die Russische Zeitung meldet, daß sich die Verhandlungen zum Zwecke der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der Schweiz und Sovjetrussland neuerdings verschlagen haben sollen.

Klassenjustiz

Dresden, den 15. März 1927

DR. Der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht, Herr Zürgens, ist freigesprochen. Überredet hat dieser Freispruch niemand, die Praxis der deutschen Justiz ist zu bekennen. Selbst wenn es sich hier nur um die Verletzung des Jürgens gehandelt hätte, wäre eine Verurteilung nicht erfolgt. Aber hier handelt es sich um mehr. Es geht um die Rechtfertigung des gesamten Systems der Klassenjustiz in Deutschland. Sie will und darf den Mantel der Objektivität nicht verlieren. Sie will und muss versuchen, ihre paragrafenumhüllte „Objektivität“ nachzuwählen. Dabei geht es ihr so, wie dem Kapitalismus überhaupt, sie muss die Grundelemente ihres Untergangs selber schaffen, sie geht mit der kapitalistischen Gesellschaft zugrunde, der Gesellschaft, an die sie gebunden ist. Die Justiz ist gezwungen, immer brutaler ihren Klassencharakter zu entblättern, immer offener als Klassenjustiz vor die Massen zu treten, die Elemente des Widerstandes werden dadurch in der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung verstärkt, die Massen, die sich gegen die Justiz und damit gegen die von dieser Justiz geschafften Gesellschaft wenden, werden immer größer. Ein gewaltiger Ansporn zum Kampf gegen die Klassenjustiz wird das Zürgensurteil sein. Weshalb mußte die Freisprechung erfolgen?

Es gibt im gegenwärtigen Stadium zwei besondere Fälle, die das Geduld der Justiz der deutschen Klassenrepublik ungebührlich zu erschüttern vermögen. Das ist der Fall Zürgens und der Fall Hoelz. In dem einen Fall stand ein Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, einer der höchsten Beamten der deutschen Klassenjustiz vor Gericht. Er war beschuldigt des Meineids, um politische Gefangene zur Verurteilung zu bringen und um sich Vorteile zu verschaffen, des Verherrungsbeitrags und des Kreischwindels. Es war klar, daß über diese Verdächtigungen nicht die Klassenjustiz urteilen konnte, nur ein Gericht aus Arbeitern hätte hier eine wirkliche Untersuchung und Klärung herbeiführen können. Zürgens wurde beschuldigt der brutalen Behandlung politischer Gefangener. Auf die Rechtsseite wollten wir hier nicht eingehen. Aber es lagen eine Anzahl Beschuldigungen gegen diesen Untersuchungsrichter über die Behandlung der politischen Gefangenen vor, von denen wir hier nur einige anführen wollen. Wie erinnern an den Fall der Frau Dengel:

Auf nach der Geburt, in einer Zeit, in der sie ihr Kind stillte, wurde sie vom Arzte weggetrieben und über fünf Monate in gleichbedeutender Gesellschaft durch Zürgens festgehalten. Obwohl der bekannte Spezialist für Lungentranstalten, Professor Dr. Nolle aus Berlin, dessen Entlassung erst mit großer Mühe durchgeföhrt werden muhte, die Genossin Dengel für kastunfähig erklärt, da sie ein schweres Magen-, Nieren- und Dungenleiden hatte, und bei weiterer Indifferenz die höchste Lebensgefahr bestand, stellte sie Zürgens fest. Obwohl seinerzeit gegen die Genossin Dengel keine bestimmten Hochverratsbeschuldigungen erhoben werden konnten, hielt sie der gefühllose Richter Zürgens ohne das geringste menschliche Gefühl fest. Er trieb es mit seinen Schikanen somit, daß die todkranke Frau in die tiefste Verzweiflung gestürzt wurde und in Hungerkreis trat. Er erklärte ihr, falls sie als Zeugin in einem Verfahren gegen eine dritte Person sich nicht äußern würde, werde er sie dazu dadurch zwingen, daß er sie nicht eher freilassen würde. (!) Dieser Exzellenz verfügte vorübergehend von Auslagen verbunden mit widerrechtlicher Freiheitsentziehung wurde eine Justizhastrafe für Herrn Zürgens erforderlich — ja, wenn eben die deutsche Klassenjustiz in der Lage wäre, die Täterschaften ihrer eigenen Klassenrichter zu führen. Im Falle der Frau Dengel wurde später nie mal ein Hochverratsverfahren eingeleitet, da sie völlig unschuldig war. Diese Frau und ihr Kind wurden durch Zürgens an die Grenze des Todes gebracht.

Und noch einen anderen Fall wollen wir hier anführen:

Zwei jugendliche Berliner Arbeiter, Kuhlmann und Palensat, wurden zu je fünf Jahren Jachthaus verurteilt, weil sie nach Aussagen eines schüttigen Subjekts namens Jungmann einen politischen Attentatsplan (der nie ausgeführt wurde!) gehabt haben sollten. Da Jungmann nach der eigenen Aussage zunächst mit dem angeblichen „Attentatsplan“ einverstanden gewesen war, konnte seine Aussage nach § 57 der Strafprozeßordnung nicht vereidigt erfolgen. Trotzdem vereidigte Zürgens diesen Jungmann, um dessen Angaben glaubwürdig zu machen und damit die jungen Arbeiter ins Jachthaus zu bringen. Scheinbar war dieser Jungmann, das Werkzeug Zürgens, ein verlämmter Kochschwanz; denn später stellte sich heraus, daß er von der Polizei 200 Mark und eine Anstellung erhalten hatte. Diese beiden jugendlichen Opfer der Zürgens-Justiz leben jetzt zwei Jahren hinter den Mauern des Sonnenburger Jachthauses.

Wir könnten dem noch eine Menge Fälle hinzufügen, wollen es aber bei diesen beiden Fällen bewenden lassen.

Könnte das Klassengericht hier eine Rechtfertigung machen, nein, es hätte gegen die gesamte Praxis der deutschen Justiz entscheiden müssen. Sollte man Zürgens verurteilen, so könnte die Frage gestanden, daß man alle Opfer der Klassenjustiz hätte freilassen müssen. Das kann die Klassenjustiz nicht, und das ist die Hauptfehler des Zürgens-Prozesses. Wo ist hier die Parallele mit dem Hoelz-Prozeß? Was Hoelz nicht nachgewiesenermaßen unschuldig wegen Mordes an dem Gutsherren Hoelz im Jachthaus. Der Täter hat sich gekleidet. Aber das Verfahren wird

nicht eröffnet. Deshalb nicht? Nun, erfolgte hier eine Untersuchung, auch hier würde die Klassenjustiz bloßgestellt, deswegen erfolgt auch hier die Verschleppung und wird keine Verhandlung zugelassen.

Die Klassenjustiz will ihre Opfer festhalten.

Sie will weitere Klassenunterschiede, weitere Gefangenengütezeiten, weiter Lockspiel loslassen auf die arbeitenden Massen.

Deshalb gibt es nur eine Antwort auf dieses Urteil: verhärtesten Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen. Keinen Zusammenchluss der arbeitenden Klasse zum Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Gekennzeichnete sich das Gericht hinter Polizeiknüppel und Pistolen. Doch der Zorn der arbeitenden Massen wird den Zeitpunkt der Abrechnung herbeiführen, den Zeitpunkt, wo Arbeiter über die Klassenrichter ein gerechtes Urteil sprechen werden. Jetzt aber muß millionenfach der Ruf erklingen: Heraus mit den politischen Gefangenen!

Sie hatten sich kein Auge aus

Das vor dem Disziplinarerat in Naumburg durchgeführte Disziplinarverfahren gegen die Richter Költing und Hoffmann wurde am Sonnabend mit der Urteilsverkündung beendet. Költing erhält von seinen Kollegen einen "Beweis", Hoffmann soll in ein anderes Richteramt von gleichem Rang versetzt werden. Außerdem soll er 200 Mark Buße zahlen. Die Amnestiespension gegen Hoffmann ist aufgehoben worden, er darf also weiterhin seine Opfer hinter Schloß und Riegel sehen.

Nach den Wünschen der bürgerlichen Gesellschaft, in der Haupstädte des reaktionären Justizapparates, soll dieses "Urteil" das Ende eines beispiellosen Standards darstellen. Die Verhandlung selbst, wie auch die Verleugnung der Urteilsgründe wurde unter Ausbluff der Öffentlichkeit durchgeführt. Das allein schon ist bezeichnend dafür, wie sehr man sich hütet, die Öffentlichkeit Einblick nehmen zu lassen in das Geheimnis unserer Justizbehörden. Das Urteil selbst bestätigt nur den Spruch: "Eine Krähe hat der andern kein Auge aus." Für die Arbeiterschaft aber wird dieses Urteil nur ein erneuter Ansporn sein, mit allen Kräften die Befreiung des gesamten bürgerlichen Gesellschaftswesens anzustreben.

Der Bürgerblod verlangt Vollmachten

Ablösung der Anträge auf Änderung des Aufwertungsgesetzes

Das Bürgerblodkabinett hat seinerzeit den Reichsjustizminister beauftragt, die vorliegenden Anträge auf Änderung des Aufwertungsgesetzes und das vorliegende Aufwertungsvolksbegehren der Sparte verhindern abzuwenden. Herr Hergt ist dem Auftrag getreu und nachgekommen und hat nunmehr den interfraktionellen Ausbau der Regierungsparteien einen "Entwurf" zur Änderung des Aufwertungsgesetzes vorgelegt. Die nach Meinung des deutsherrlichen Herren vorausnehmenden Änderungen sind, wenn wir schon den Kounen Änderungen auf sie anwenden wollen, keine Änderungen im Interesse der Roßreitenden, keine Änderung im Sinne der geistigen Anträge, sondern ausschließlich Änderungen im Interesse des Finanzkapitals und des Hauses Hohenzollern. Danach soll lediglich der Anhändigkeit neu geregelt werden und statt mit der Eintragung in das Grundbuch soll die Intensivierung nur aufgewertete Hypotheken bereits vom 1. Juni 1926 ab beginnen. Nach Herrn Hergt sollen der Regierung "Vollmachten" gegeben werden, auch auf dem Gebiet der Anteileabhebung von sich aus und ohne Bejrugung des Reichstags Einzelfragen im Interesse des Bevölkerung auf dem Verordnungswege zu regeln.

Das ist alles, was das Bürgerblodkabinett nach dem Monaten fortwährender Notkriege aller durch die Aufwertung Geschädigten an Änderungen im Aufwertungsgesetz vornehmen will. Alle Hoffnungen der Aufwertungsgeschädigten und Rentner, daß von den vorliegenden 30 Anträgen ein großer Teil angenommen und durch die Schaffung eines Abänderungsgesetzes wenigstens die schlimmsten Säuren des Aufwertungsgesetzes beseitigt werden, sind nach der vorliegenden Erklärung des Herrn Hergt als gescheitert zu betrachten. Der Bürgerblod ist seit entzweit, um Aufwertungsgesetze auch nicht ein Komma zu ändern und die gestellten 30 Anträge unter den Tisch zu wischen.

Das Bürgerblodkabinett ist entschlossen, in wahrhaft großzügiger Weise die Interessen der Werttäglichen mit Rücksicht zu treten. Man will den Frieden innerhalb der Koalition nicht fören lassen und verlangt deshalb Vollmachten, um weiterhin hinter verschlossenen Türen nach den Wünschen der Junker und der Schwerindustrie handeln zu können.

Die neuerliche Ablehnung des Aufwertungsvolksbegehrens, das Unter-den-Tisch-Wischen der Anträge kommt nach der Annahme der Reichstagsgeringen nicht überraschend. Aber über-

Das Gesetz, das man drehen und wenden kann

Über den Hochverratsparagraphen

Bon Fritz Reuter.

Vorberichtigung: Wir wollen den deutschen Richtern und Staatsanwälten unnötige Mühe sparen und verhindern, daß einer, wie nach Heinrich Heine, auch noch Fritz Reuter schreibt. Der lebt nicht mehr, nur noch in seinen Werken, wenn auch schon ziemlich vergessen. Wie wollen ihn aber erwähnen in der Zeit, wo wir der Märzen gedenken. Er war kein bewegter Revolutionär, gewiß nicht, wenigstens nicht in vollem Umfang. Aber als Burschenschaftler wurde er in die Borsdorfbewegung hineingezogen. Die Burschenschaften strebten, als die Vertreter der kapitalistischen Staaten, gegen die Föderation ein einiges und steies Deutschland.

Bei der Verfolgung der Burschenschaften wurde auch Reuter am 31. Oktober 1833 mit verhaftet. Beim Verhör legte er sein Glaubensbekenntnis wie folgt ab:

Mein politisches Glaubensbekenntnis ist so einfach gewesen, daß ich alle Verdächtigungen, die etwa seit dem August 1832 meiner Entfernung aus Jena bis zu meiner Verhaftung alßer aufgeteilt werden konnten, dadurch zu widerlegen imstande bin.

In der Verbindung nämlich dachte ich zuerst ziemlich wenig oder gar nicht an Politik, bis der weitere Verlauf der polnischen Revolution mit einer Verhaftung dazu wurde. Ich mußte ein Volk bewundern, das sich aus eigenem Kraftespiel gegen Unterdrückung erhoben hatte, und erkannte, daß die Nationalität des Volkes sich wieder glänzend zeigte; doch feierte ich das "Erinnerungsfest" aus voller Überzeugung mit und kann nicht leugnen, daß ich, als später einige polnische Flüchtlinge nach Jena zogen, diejenen mein volles Mitteil und Bebauern für ihre unglückliche, gute Sache gehalten habe; dies hat mich zwar zum Wunsch deren besseren Ergebnis gebracht, aber die Idee bei mir erzeugt. Revolution zum Umsturz unserer Regierung erzeugen zu helfen; dies habe ich nie gedacht, und wenn gut einmal im Krängchen davon die Rede war, so entwidete ich meine Idee zu einer hoffnenden Repräsentation oder konstitutionellen Verlösung in Deutschland. Mit dieser Idee ausgestüst, hielt ich mich von allen revolutionären Meinungen völlig fern."

Trotz dieses Bekennens wurde Reuter festgehalten und ihm und anderen Mitgefängnissen am 28. Januar 1837 ein vom 11. August 1836 datiertes Urteil mitgeteilt. Das Urteil sagte, daß der Stad. Just. Reuter und mit ihm seine Kommissionen wegen keiner Teilnahme an hochverratischen, burschenschaftlichen Verbindungen in Jena und wegen Plänenbeleidigung mit der Konfiskation seines Vermögens zu bestrafen und mit dem Seile vom Leben zum Tode zu bringen sei.

Leider wäre es, wenn jetzt nach all diesen Vorgängen der letzten Tage die werktägliche Bevölkerung sich nicht endlich in Abwehraktionen zusammenfände, um geschlossen den Kampf gegen den alle Interessen der Arbeitenden schwer schädigenden Bürgerblod aufzunehmen.

Der Bezirksparteitag der SPD Ost Sachsen

Am Sonntag fand im Volkshaus Dresden-Ost der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Ost Sachsen statt. Aus der sozialdemokratischen Presse erfährt man über diesen Parteitag sehr wenig. Als Vertreter des Parteivorstandes war Gräfin erzählt, der nach der Volkszeitung die enge Verbindung zwischen Bezirk und Parteivorstand zum Ausdruck brachte. Von einer Opposition gegen die Politik des Parteivorstandes steht man in den Berichten des Bezirksparteitages nichts. Dieses Schweigen bedingt nur, daß die SPD in Sachsen grundsätzlich die gleiche Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik verfolgt wie der Reichsparteivorstand, daß man in Ost Sachsen nur wegen der besonderen Verhältnisse etwas radikaler Töne anschlägt. Die Gemeinsamkeit der Politik des Parteivorstandes und der Politik der sächsischen Radikalen zeigt sich auch in einem Antrag an den Reichsparteitag, in dem volle Selbständigkeit ohne Rückflucht auf die bürgerlichen Parteien fordert wird, um für die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluss in der Gesetzgebung vorzubereiten. Diese Formalisierung bedeutet nichts anderes, als daß der sozialdemokratische Bezirksparteitag der SPD das Streben des sozialdemokratischen Parteivorstandes nach einer neuen Koalitionsteilung unterstützen will. Genau so verschwommen und verzweifelt ist ein Antrag, der zur Sachsenpolitik angenommen wurde, den Stütz des jüdischen Bürgerblods und eine sozialistische Regierung fordert. Die Maßnahmen, die zu diesem Ergebnis führen sollen, verschweigt man, jedoch geht aus dem Antrag hervor, daß sie sich nur in einer lahmten parlamentarischen Opposition äußern werden. Der ganze Parteitag war, soweit man überhaupt etwas ersehen kann, auf die Verstärkung der parlamentarischen Illusionen der Arbeiter abgestellt, das geht auch aus dem Beschlusß über die Gründung eines Wahlkreises hervor.

Die beobachtete Sonderbesteuerung beiderseitigster Mitglieder und ihre Ausdehnung auf das Jahr 1927 deutet den katastrophalen Rückgang der Sozialdemokratischen Partei an. Als Voraussetzung wurden wieder Arzt und Edel gewählt, jedoch wurden gegen Arzt diesmal 24 Stimmen von 73 abgegeben.

Der Bürgerblod als Kriegsgefahr

Unsere Behauptung, daß der Bürgerblod eine Steigerung der Kriegsgefahr bedeutet, ist von den Sozialdemokraten immer als ein rein kommunistischer Vorwurf zurückgewiesen worden. Dennoch veröffentlicht die sozialdemokratische Chemnitzer Volksstimme einen Artikel, der zu den gleichen Ergebnissen kommt:

"Bürgerblod, Panneuropa (Alleuropa), Röllunion, Kontinentaleuropa — alles das sind nur verschiedene Namen für einen einzigen großen Sammelbegriff, den Weltimperialismus, der seine letzte und höchste Stufe zu erklommen beginnt."

Auswärtige Damente finanzierten passifistische Organisationen, nationale Parteien schlüpften in das Gewand der Liga für Bürgerblod.

Ob Nationalsozial oder Staatenbund, der Sozialist muß wissen, daß der kapitalistischen Gesellschaft die Unterdrückung und die Kriegsgefahr im Wesen eingeboren und daß die Grasenverhältnisse daran nur insofern etwas ändern können, als die Zusammenhände dementsprechend fürchterliche und die Bündnisse des Protektorats schmerzhafter werden ... Panneuropa auf dem Kriegsspiel! Was bedeutet das für uns? Das bedeutet: Abwehraktion des europäischen Proletariats auf der ganzen Linie, bedeutet Eroberung der Macht, wo immer wie zur Wahl gelangen können, bedeutet schwärzliche Misstrauen gegen den Bürgerblod und seine Spötter, bis ein wahrer Bürgerblod daraus geworden ist."

Wir sehen davon ab, daß die Chemnitzer Volksstimme sich in allerlei Unklarheiten über das Wesen des Imperialismus, über seine Begleitercheinungen und über die Methoden des Kampfes gegen den Imperialismus befindet. Aber soweit reicht selbst die Erkenntnis der Volksstimme aus, daß sie den Bürgerblod nicht, wie die SPD behauptet, als Kriegsinstrument bezeichnet, sondern als Kriegsinstrument bezeichnet. Sie belegt es durch den Nachweis, daß zu den Panneuropäern der Großindustrielle Reichberg gehört, der in deutschen und französischen Zeitungen zum Kriege gegen Sovjetrussland heißt:

"Während die Panzerdivisionen von Frieden und Abrüstung träumten, entwidete der deutsche Großkapitalist Reichberg in französischen Zeitungen bereits den Plan einer Militärrunion und eines gemeinsamen Generalstabs." (Chemn. Volksstimme)

Die Volksstimme verhöhnt auch die sozialistisch gefürchteten Kontinentaleuropäer unter der Führung des Sozialdemokraten

Büchel, der durch seine partizipative Theologie die Arbeiterschaft über die Kriegsgefahr zu täuschen sucht.

Wenn der Börwärts wieder einmal unter Urteil über den Bürgerblod als Ausdruck russisch-imperialistischer Tendenzen beschimpft wird, dann werden wir ihm die Neuerung der sozialdemokratischen Volksstimme entgegenhalten.

England — der Urheber der deutschen Revolution

Vielleicht ist immer, daß russisches Geld die deutsche Revolution finanziert habe. Der Volksliche Beobachter hat die Abwehrung eines sozialen Kriegs erwartet, daß englisches Geld die treibende Kraft gewesen sei. Der Redakteur dieses Blattes, ein Deutscher, Robert Rosenberg, stand deshalb am Montag vor einem Berliner Gericht, um sich als Angeklagter wegen der Beleidigung zu verantworten, daß Paul Levi als englischer Spion in Russland gewesen sei und dafür Geld bekommen habe. Der "völkliche" Rosenberg benannte als Hauptzeugen das frühere KPD-Mitglied Wolffheim. Aber Wolffheim, der den Engländern bestmöglich dienste, bestritt entweder, daß Levi von England bestochen sein könnte. Wolffheim behauptete dagegen, daß der englische Nachrichtendienst im November 1918 dem Arbeitersoldatenrat in Hamburg durch Mittelsteute Geld zur Verfügung gestellt, dann es aber wieder zurückgefordert habe. Levi habe nichts anderes getan, als dieses Geld, das ihm ein Parteigenosse überbrachte, in deutsche Valuta umzuwechseln. Der angeklagte Rosenberg selbst verlor nicht sehr ernst das Nachwort für die Richtigkeit seiner ursprünglichen Behauptung zu erbringen. Er wurde vom Gericht zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der lettische Staatspräsident gestorben

Riga, 16. März. (Eig. Drahtmeldung.) Der Staatspräsident von Lettland, Skafala, ist gestern abend an einem Herzschlag gestorben. Er gehörte der Demokratischen Partei an und wurde 1918 zum Vorsitzenden des lettischen Volksrates gewählt.

Übergang der chinesischen Flotte zur Kantonalarmee

Shanghai. Die in Hulun unter Admiral Tang stationierte Flotte, vier Kreuzer sowie mehrere Korvetten und Torpedoboote, ist zur Kantonalarmee übergegangen. Die Seeleitung in Shanghai hält sich in normalen Grenzen.

Die auf Nanking marschierende Kantonalarmee hat in den letzten Tagen große Fortschritte gemacht. Mit der Einzähmung Nankings ist in den letzten Tagen zu rechnen. Gleichzeitig mit dem Fall Nankings dürfte auch der Einzug der Kantonalen in Shanghai erfolgen.

In den internationalen Siedlungen Shanghais befürchtet man, daß mit der kantonalen Regierung trotz des großen englischen Expeditionskorps ein ähnliches Nebenkommunisten wie in Hongkong abgeschlossen werden müsse.

Bor der Einnahme Nankings

Berlin, 15. März. (Eig. Drahtmeldung.) Wie die Rundfahne meldet, erwartet man nach den neuesten Berichten aus Shanghai, daß Nanking spätestens in drei Tagen in den Besitz der Kantonaltruppen sein wird. Die Kantonaltruppen sind bis zu 30 Meilen gegen Nanking vorgedrungen. Marshall Sun Yat-sen findet sich noch in Nanking.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen über den Verlauf der Tagung der Executive der Kuomintangpartei hat der linke Flügel den Sieg davon getragen, jedoch sind die Meldungen darüber noch unbestimmt.

Vom Tage

Proletarier-Vor

Bang, 15. März. Am Freitag nachmittags geriet in einem Steinbruch in Oberkainan der Arbeiter Gerhard Schulz aus Großpitsch beim Abhangen eines Abhangs an den Lastkraftwagen zwischen beide Wagen. Es wurde ihm der Brustschot eingeschlagen. Er starb bald nach seiner Unterbringung im Krankenhaus.

Blutbad in Shouai

Dejau, 11. März. Gestern abend verlor hier ein Bergarbeiter seine Geliebte, eine gescheide Lehrerstochter, durch einen Revolverstich tödlich. Als der Bruder der Bergarbeiter, der sich in der Nähe aufhielt, den flüchtigen Täter verfolgte, feuerte dieser auch auf ihn und verlegte ihm am Obergesäß durch einen Schuß schwer. Die Polizei, die daraufhin die Verfolgung des Mörders aufnahm, entdeckte ihn gegen Mitternacht in einem Bierkeller. Das Motiv zur Tat soll in Eifersucht zu suchen sein.

Ein Grausame an der Nurman-Bahn

Riga, 14. März. Nach Meldungen aus Leningrad wurde auf der Station Swarta der Nurman-Bahn zwei Tage lang ein Brand, dem 6 Waggons und 16 Güterwagen zum Opfer gefallen. Auch Menschenopfer sind zu beklagen.

Als man dieses Urteil mitgeteilt hatte, teilte man dann auch mit, daß der König in "Gnadenwege" diese Strafe in 30 Jahre Festungsstadt umgewandelt. Bis zum 8. September 1830 wurde dann Reuter durch die Festungsstadt gezwungen, erst dann erfolgte seine Freilassung. Wir leben, die Objektivität der Justiz und die Humanität der herrschenden Klasse sind zu allen Zeiten gleich ausgezeichnet.

Zu dieser Objektivität nimmt Reuter dann später in seinem Buch „Meine Festungsstadt“ Stellung.

Dort schreibt er eine Unterredung, die er mit einem Justizrat hatte, über die bevorstehende Hinrichtung eines sich im gleichen Gefängnis befindlichen Mordtäters. Dort schreibt Fritz Reuter:

Lieber Freund," lsd ipäderchen de Herr Justizrat Schröder") tau mi, as il em de Sal vertellte un dese frag' vör lädt"), nichts einfacher als dies: der König daß Sie begnadigt, ihm nicht."

"Ich begnadigt," lsd il. "Kraft oberfristlich: iki Gewalt heit hei de Straf in ne Festungsstadt verannet; un wobl w iki den dat Richter am, wenn i mit i mi Gewalt tau sam stellt ward?"

"Nun, glauben Sie doch nicht," lsd hei, "daß der König von Preußen wegen solcher Bogotate hundert junge Leute hinrichten lassen werde?"

"Nur mit," esd amilbwo 67890 UMEWB ASKB von England oder en russischer Peiter") oder blot man so'n Alas") un so'n verrückten Koil von Brunswick") up den preußischen Thron setzen hodd — worum nich?"

Gegen so einen Missbrauch der Todesstrafe schützt uns die Humanität der Regierung und der Zeit. Todesstrafe mag die Gewalt haben, sich der Menschenlosigkeit mag die Gewalt haben, sich der Bestien aus ihrer Mutter zu entledigen."

Dann fürt Kompliment") lsd egg id. "Awwer, Herr Justizrat, Humanität is up Stun's nids, as en jolchen Groschen; blot de Gaupmaudigen I un de Dummen nemen em; äwer de em algewoorn dormit tau Mart trecken, de hauden") ü. — Un weit de Dötsjat un ebre Rücksicht an, ob der König von Preußen, so wünsczt il, Sei wirken mal mit dek Weig' weig'"); möglich, dat Sei denn da Ogen upgängen?"

"Sie haben sich nicht zu beschwören, denn das Gesetz ja ausdrücklich: Conat des Hochverrats wird bestraft wie der Hochverrat selbst. Nach Justizrat eigenen Ausjage ist der konstitutionale Adret Verbindung gewesen: "Herbeiführung eines auf Volksfreiheit und Volkeinheit gegründeten deutschen Staatslebens"; dies hat man richterlicherweise für einen Conat des Hochverrats angeleitet; ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich dahingestellt (Notabene, dit was nach 1848); aber das Gesetz ist salviert."

"Na, Herr Justizrat, denn will il Sei wat leggen, dann beiß dat Geien an de Humanität iil gegen iidgeidig tau'm Raxen"); entweder dat Geien mit de Humanität abschaffen, oder de Humanität dat Geien — So, os it dat bestellt hett, was 't en Puppenpill"; en grausames Pappenpill! — Ach ja ihr grausam gegen uns, as gegen un' ollen Döllern, un oll Minchengläck is dormit tau Gu'n nicht".

"Ludwig Schröder in Teplow; ogl über ihn in Wort und Bild Gaedern: "Aus Reuters Jungen und alten Tagen", 1.

S. 36 ff. u. öter; 1) vorlegte; 2) Peter; 3) Nikolau; 4) Karl von Braunschweig; 5) Kompliment; 6) Guittägten; 7) dämet;

8) anbetift; 9) Wieg gewieg; 10) Karren; 11) spiel; 12) drehen;

13) stark; 14) errunten; 15) Reiter; 16) graus

Dresden

15. März: 1917: Bildung einer provvisorischen Regierung unter Miliukow in Petrograd. — 1915: Erste Kammer der "Internationale", herausgegeben von Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin.

Gleichheitliche Kampffront am 1. Mai!

Ein Beschluss des Sportkartells in Cossebaude gegen die Sabotage des 1. Mai durch SPÖ-Führer.

Die am Dienstag, dem 8. März, stattgefundenen Sitzung des Sport- und Kulturkartells Dresden-West beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Maifester. Nachdem festgestellt, um eine gute Vorbereitung zu ermöglichen, an welche politischen Parteien zwecks Verhandlungen zur gemeinsamen Aktion herangetreten war, erklärte sich

die KPD dazu bereit, während die SPÖ eine ablehnende Haltung einnahm.

Sie gebrauchte die Ausrede, daß die Verhandlungen ihrer Delegation mit der der KPD noch nicht abgeschlossen seien und sie aus diesen Gründen nicht zusagen könnte. Sie zog es nicht einmal für notwendig, einen Vertreter, der angefordert war, in die Sitzung zu entsenden.

Die anwesenden Vertreter erklärten einmütig, daß es unter diesen Voraussetzungen Pflicht des Kartells sei, die Maifester mit allen proletarischen Organisationen von sich aus zu veranstalten, um somit die Massen zur Arbeitsschafft am 1. Mai auf die Straße zu bringen. Die Abstimmung über die Frage ergab Einstimmigkeit. Das weiteren wurde beschlossen, als Mairendner wie im Vorjahr den Genossen Heinrich Wagner von den Friedensern anzuordnen.

Den sozialdemokratischen Arbeitern aber rufen wir: Beteiligt euch restlos an dieser Maifeier! Demonstriert mit am 1. Mai!

Gegen die Nationalisierung!

Gegen den neuen imperialistischen Krieg gegen Somaliland!

Gegen die Bürgerkriegsregierung!

Gegen den Mietwucher!

Für den Arbeitertag!

Für die Forderungen der Erwerbslosen!

Für ein menschenwürdiges Dasein!

Der Elternrat der 12. Volksschule veranstaltet am Dienstag, den 15. März, abends 7 Uhr in der Turnhalle einen Bildhüttentreffen über: "Wendensoll und Wendenland", unter Mitwirkung der Konzertjägerin Erna Grabner. Eintrittskarten 20 Pf. bis nach am Abend der Veranstaltung zu haben.

Ein Experimentierabend in physikalischen und magnetischen Gebilden veranstaltet am Freitag der Biochemische Verein Volksgesundheit im Dresdner Volkshaus. Die jungen Schleierländer folgten mit großem Interesse den Aussichten und Experimenten des Vortragenden, Genossen Hermann Förster. Im zweiten Teil seines Vortrages verlebte sich Förster durch Selbsthypnose in Starrkrampf und führte seine eines Partners alle erzielten "Festiele" aus. — Der Vortragende wird Freitag von der Gauverwaltung sowie von der Stadtentwickelung gegen das Gesellschaftsrecht eingeladen, wozu er aufforderte, die kommenden Versammlungen zu besuchen. Nachdem die Rundschau des Verbandsvorstandes zur Kenntnis gebracht, ferner auf die Redningsfecht des Gauen Dresden ausgemacht geworden waren, wurden vier Aufnahmen vollzogen. Zum Schlusse einer lärmstark eingangsgeführten Haltungserfolge durch Förster (Träne, Grippe) verließ dieser knappflich noch eine lange interessante Debatte über Haltungssysteme, Medizinische und biologische Funktionsmittel. — Nächste Versammlung am 6. April im Volkshaus mit Vortrag der Frau Heiltsundigen Dr. Mäser über Magenkrankheiten, deren Ursachen und katholische Behandlung.

Kraftpolizeifehde. Am 15. März tritt auf der Kraftpostlinie Dresden-Wilsdruff-Mohorn ein neuer Fahrbetrieb in Kraft, der in allen Poststellen eingehalten werden kann. Als neu ist hier am Generalsheim Tannenbaum eine Bedarfshalle eingerichtet worden.

Streiksperrung. Wegen Schotterbedenbehandlung wird die bauliche entlang des St.-Pauli-Kriegsstrasse zwischen Bärwalder Straße und Bernsdorfer Straße vom 17. März 1927 ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahr- und Rollverkehr gesperrt.

Gelöset. Wegen Gleisumbau wird die Bergstraße zwischen Kreuzberg und George-Bähr-Straße vom 14. März 1927 ab auf die Dauer der Arbeiten gesperrt.

Dresdner Volkshilfe G. B.

Gutscheine.

Die zum Nachholen verlängerte Gültigkeit der Gültigkeitsaufstellungen ausgestellten Gütscheine verlängern mit dem Ende der Spielzeit 1926/27 (10. Juni 1927) ihre Gültigkeit. Es liegt im eigenen Interesse der Mitglieder, die verlängerten Vorstellungen zu jeder Zeit bestehenden Gelegenheit nachzuholen, es insbesondere aufzugeben, was besonders beliebte Stücke hierfür ausgewählt sind. Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, daß alle Gütscheine einzeln werden können, wenn die Mitglieder die Gütscheine selbst vor Beendigung ihrer Sonderwünsche benutzen.

Die zum Nachholen verlängerte Gültigkeit der Gültigkeitsaufstellungen ausgestellt noch 4 Konzerte im Betracht. Drängen sich die Nachholen in den letzten Konzerten zusammen, besteht keine Möglichkeit, daß Gütscheinhaber zu befriedigen.

Wer vor Verlusten geschützt sein will, hole deshalb seine seitdem Gültigkeitsaufstellung ungeläufig noch.

Die letzte Märchenaufführung in der "Komödie". Das neugierige Sternlein findet Sonntag, den 20. März, abends 8.30 Uhr statt. Eintrittskarten für 80 Pf. und in der Eintrittsloge gegen Vorzeigung der Mitgliedsstättre im Vorverkauf zu haben.

Das nächste Sinfoniekonzert findet Mittwoch, den 16. März, 7.30 Uhr im Gewerbehaus statt. Leitung: Generalmusikdirektor Eduard Mörike. Orchester: Dresdner Philharmonie. Solist: Paul von Dresden. Zur Aufzubildung gelangt: Berlioz: Harold-Sinfonie. Rameau: La Hulda. Rätsche in spanischen Gärten. (Erlaßtäglich) Offiz: Majoppa, italienische Dichtung.

Die Mitglieder werden dringend erachtet, ihre Mitgliederversammlungen zu beladen. Freier Konzertablauf f. Mitglieder ab 1.50 i. d. Geläutstelle, Schloßstraße 34/35, 11 bis 3 Uhr, sowie Abendkasse. Für Nichtmitglieder ab 3 M. nur bei 3 K. Schloßstraße 21, sowie Abendkasse. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten, Jugendbünde und Reichsbewegungsgruppen erhalten an der Abendkasse gegen Ausweis Gitarrentechnik ab 75 Pf.

Galgenjungs Mitglieder Nr. 7001—7100 und 1—500 und Karte C.

Arbeiterstimme



Zus Ost Sachsen



Die Sabotageaktion der Schönfelder Bürgerlichen

Schönfeld. Ein seltsames Bild hat die Gemeindevertretung am 28. Februar. Eine halbe Stunde lang warteten 6 Gemeindevertreter, von denen 5 Vertreter der Arbeiterklasse waren, auf die anderen 9 Bürgerlichen, die nicht daran dachten, ihre Pflicht als Gemeindevertreter zu erfüllen. Daraus erfuhr die Sitzung gegen 8.30 Uhr der hervorragende Vertreter, Genossen Kleprahl die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte er folgendes: Nach Abblendung der Einladung zu dieser Sitzung ist der Vorsteher erkannt, ebenso die Art des Stellvertreters. Das sei zum Anlaß genommen worden, die Sitzung abzubrechen. Daraufhin sei der Nachwächter abhängen gegangen. Als am Nachmittag die Arbeiter zurückkehrten, waren sie vor einer fertige Tafel gestellt, da ihre Frauen die Ablage bereits unterschrieben hatten. Die Vertreter der Arbeiterklasse protestierten darauf und verlangten Entlastung dieser gezwungenen Mahnmale. Der Nachwächter ging darauf nochmals zu sämtlichen Bevölkerung, die jetzt alle unterschrieben, so daß sämtliche in Kenntnis gesetzt worden waren. Dennoch sogen es 9 von 15 vor, die Sitzung fernzubleiben, um demokratische zu befürworten. Sie unter der Leitung eines klassenbewußten Arbeiters, dieses Genossen Kleprahl, nicht arbeiten wollen. Diese Methode muß gebährend gebannt werden. Darauf trat man in die Erledigung der Tagesordnung ein. Der Vorschlag des Bauausschusses, betraf Rückzahlung mit Wedder wegen Weiterführung der Befreiung bis in den Mühlbach, wurde genehmigt. Weiterhin wurde der Bauausschuss beauftragt, die Kläranlage bei der Fritze zu beschließen und in der nächsten Sitzung des Haushaltspfleges zu erläutern. Nach Kenntnisnahme eines Berichtes des Wasserausschusses wurde dieser von den Verordneten beauftragt, die Herren Oskar Nagel und Oskar Gödder nochmals zu laden. Der Haushaltspfleges wurde in der vorliegenden Form abgelehnt und der Verwaltungsausschuss beauftragt, sich in den nächsten Sitzungen hauptsächlich mit der nochmaligen Zusammenstellung des Haushaltspfleges zu beschäftigen. Insbesondere verlangten die Verordneten eine gründliche Orientierung des Ausschusses über die eingeführten Kosten. Die Befreiung, betraf die Entfernung der Schengenbrücke am Brauhaus wurde dem Bauausschuss überwiesen. Zu einem Eingang des Ortsvereins, der das Verbot des Anfisches von Plakaten an nicht dazu bestimmten Stellen forderte, erklärte die Verordneten, daß die Rotenstadt eines solchen Verbotes nicht anerkannt werden könne. Weiterhin wurde beschlossen, für die Vertreter der Arbeiterklasse aus Gemeindemitteln ein Exemplar des Kommunistischen Gemeindevertreters mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1927 zu abonnieren. Darüber, ob die Sitzung überhaupt hätte durchgeführt werden dürfen, herrschte nun in der Gemeinde große Unzufriedenheit, ebenso über die Gültigkeit der dort geführten Sitzungen. Fest steht, daß die Gemeindeordnung durchaus diese Möglichkeit zuläßt. Das Verfassungsamt der Amtshauptmannschaft, das sofort angerufen wurde, erklärte, daß derartige Fälle bisher noch nicht vorgekommen seien. Die Arbeitervertreter stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn überhaupt die Möglichkeit vorliegt zu beraten und zu beschließen, man noch ordnungsgemäße Einladung stellt bei unentschuldigtem Feinden der Rechtlichkeit unmöglich von der lachlichen Arbeit Abstand nehmen können. Die Schönfelder Einwohner können erleben, mit welchen Methoden heutige Bürgerlichen gearbeitet wird. Vor etlichen Wochen noch machten die Bürgerlichen in wütendem Einheitsstimmel, da hieß es: "Wir wollen ja keine Fraktionen bilden, denn alle Verordneten sind von dem Gedanken beeinflusst, nur das Beste für die Gemeinde herauszuholen. Dabei würde es keine Zwischenfälle geben". Die Herren haben durch ihr Verhalten die Sache richtiggestellt. Ihr Klasseninteresse zwinge sie, den Kampf gegen die Vertreter der wirtschaftlichen Einwohner aufzunehmen, und doch ist ihnen jedes Mittel recht. Das eigene Interesse muß die Wähler veranlassen, von jetzt an zielstreitig die Sitzungen der Verordneten zu besuchen und sich politisch zu orientieren durch das Lesen des Organs der Wirtschaftigen, die Arbeiterstimme.

Die "Grundsatzfesten" von Scharfenberg

In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter sind unter Rücksichten die ablehnenden Schreiben der Dampfschiffahrt AG, auf zwei Eingaben der Gemeinde um Einführung von Rücknahmestellen nach Meißen und Dresden und um Weiterzahlung der früher vertragsmäßig festgelegten Abfindung für den Landungsplatz Station Scharfenberg bekanntgegeben. Zum drittenmal lag den Gemeindevertretern der Antrag des Gemeinderates vor, nach Erledigung eines Gemeindezuschusses von 150 Prozent zur Grund- und Gewerbesteuer zur nochmaligen Entscheidung. In der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 1926 (also vor den Neuwochen) hatten die Bürgerlichen wie Sozialdemokraten einen Antrag unterfraktions, keine Zulässige zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, zugestimmt. Datafünf hat der Gemeinderat die Entscheidung der Gemeindevertreter angerufen, die Entscheidung ausgelebt und die Sache zur nochmaligen anderweitigen Entscheidung an die Gemeindevertreter zurückgegeben. Von der Sitzung vom 22. Oktober 19

Die Tagung der sächsischen Polizeibeamten in Pirna

Bericht vom zweiten Verhandlungstag.

Herr Heinzl eröffnet die Tagung und gibt bekannt, daß der deutsch-nationale Abgeordnete Siegert sich nicht zum Wort gemeldet habe, weil gegen seine Partei Angriffe gerichtet worden seien. Wenn er nicht gesprochen habe, so erkläre er freudig, daß auch die Deutsch-nationalen sich jederzeit für die Belange der Polizei eingesetzt haben. Den Polizeibeamten ist zu empfehlen, die Reden deutsch-nationaler Abgeordneter zum Polizeistat genau zu verfolgen, dann werden sie sehen, in welcher Weise die Deutsch-nationalen die Belange der Polizeibeamten vertreten.)

Der Verhandlungsoffizier eröffnet dem 1. Vorsitzenden, Herrn Dettloff, das Wort zum Gehältsbericht. Herr Dettloff macht unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Bericht die Feststellung, daß die gegenwärtige Gehältsleistung sich bemüht habe, die Forderungen der Kollegenfamilie durchzusetzen. Man muß sich dem vorliegenden Bericht berücksichtigen, doch durch die Tätigkeit des DDB verfolgen. Wird es nicht besser in diesem Jahre, dann kommen wir wieder auf unseren Antrag zurück. Unsere Forderung, eine Selbstständigmachung der Polizeiparte im DDB, ist auch noch nicht berücksichtigt worden.

Herr Kreher von der Stadtpolizei sagt, daß es nicht nötig sei, lange Reden zu halten. Im Namen seiner Fachgruppe begrüßt er die Aushebung des Befolzungspflichtes. Er fordert die Verbandsleitung auf, dafür einzutreten, daß freigewordene Stellen umgehend zu besetzen seien. An die Ausführungen des Abg. Geißler anknüpfend, appelliert er an den Landtag, dafür zu sorgen, daß die Dienstfreudigkeit der Beamten erhalten bleibt. Er wendet sich gegen die Schülertümern, gegen das Übernationalen, fordert eine ordentliche Beamtenvertretung, eine Dienstfestsiegelung nach den Wünschen der Beamten, und wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Einführung des 24-Stundendienstes auch an den Sonne und Feiertagen.

Wüniger — von der Wohlwahlpolizei — fordert weitgehende Berücksichtigung der Anträge seiner Fachgruppe, er kritisiert eine Reihe von Mängeln bei der Neubesetzung freigeworbener Stellen. J. B. hat die Regierung gegen den Haushaltplan der Stadt Leipzig Einspruch eingelegt, weil dort die Wohlwahlpolizeibeamten ihren Wünschen gemäß eingegliedert worden sind.

Stephan — von der Landespolizei — stellt fest, daß die Kritik an der Gehältsleistung, die geübt werden müste, in eine Zeit fällt, für welche die jetzige Leitung nicht verantwortlich gemacht werden kann. Es ist notwendig, auszusprechen, daß die Bestimmungen über Verpflegung und Dienstzeit in einer solchen Weise Anwendung finden, die entschieden abgelehnt werden muß. Die Landespolizei wendet sich gegen eine Neuauflistung der Dienstfestsiegelung für Offiziere. Wir verlangen, daß den Polizeibeamten bessere Aufstiegsmöglichkeiten gegeben werden. Wir erwarten von der Regierung etwas mehr Verständnis; die Regierung sollte nur einmal lässig sein bei den Versammlungen der Polizeibeamten, dann würde sie feststellen, welche ungeheure Erregung bei den Beamten vorherrschend ist.

Geißler — von der Kriminalpolizei — äußert Zweifel, ob es überhaupt noch einen Wert habe, die Regierung zu ermahnen, den Forderungen der Polizeibeamten entgegenzutreten. Die Befolzung der Kriminalpolizei ist zu stark. Die freigewordenen Stellen müssen neu besetzt werden, und eine Vermehrung der Stellen wäre notwendig. Wir verurteilen mit Entschiedenheit die Handlungen solcher Beamten vom Schlag Rauvel. Es muß festgestellt werden, daß das nur Einzelerscheinungen sind. Aber zu erkennen sind die Dinge aus der schlechten Befolzung der Beamten.

Richter — von der Landespolizei — macht einige Ausführungen zur Umorganisation der Polizei.

Hennig — von der Stadtpolizei, Leipzig: Ich muß einige Ausführungen zur Gewerkschaftsfrage machen. Wir sind nicht befriedigt von der Arbeit, die der DDB geleistet hat. In der Aroge der 14-Stundenwoche hat der DDB versagt. Wir haben in diesem Jahre keinen Antrag, der den Anschlag an den DDB fordert, gestellt. Wir werden ein Jahr warten und die Tätigkeit des DDB verfolgen. Wird es nicht besser in diesem Jahre, dann kommen wir wieder auf unseren Antrag zurück. Unsere Forderung, eine Selbstständigmachung der Polizeiparte im DDB, ist auch noch nicht berücksichtigt worden.

Geißler — von der Gemeindepolizei —: Unseren Forderungen wird bei den Behörden das geringste Verständnis entgegengebracht. Er schildert einen Fall, wo einem Gemeindepolizeibeamten während der Zeit eines Urlaubs, der zu seiner Fortbildung notwendig war, sein Gehalt auszahlten worden ist. Gemeindepolizeibeamte gibt es, die die Weihnachtshilfe nicht erhalten haben. Es ist vorgekommen, daß ein Lehrer gegen die Weihachtshilfe gekämpft hat. Es gibt noch sehr Polizeibeamte, die noch Gruppe 1 bezahlt werden.

Herr Dettloff macht das Wort zu seinem Vortrag über das Befolzungsnachrichten Herr Ministerialrat Schulze.

„Es ist für mich nicht leicht, über diese Frage zu referieren; wenn ich mich trotzdem entschieden habe, das Referat zu übernehmen, dann nur mit eingehender Berücksichtigung mit den Herren der Gehältsleistung.“

Seit Jahren wird über eine Befolzungstafel gestritten. Was sie aber bringen soll, das ist noch nicht gelöst worden; auch von den Beamten nicht. Die Beamtenorganisationen fordern ein neues System. Meiner Ansicht nach steht man weniger Wert auf das Sämtliche legen, mehr auf die Befolzung.“

Wir haben in Sachsen 45 000 Beamte mit 130 Laufbahnen. Wenn man für diese Laufbahnen bestimmte Gruppen feststellt will, so hat das Mängel und Hörten zur Folge. Obwohl wir bei dem gegenwärtigen System offiziell nur 13 Gehaltsgruppen haben, sind die Beamten in Wirklichkeit in 15 Gruppen gegliedert.“

Er behandelt eine Reihe von Fragen, die die Polizeibeamten direkt interessieren, und sagt, daß es zu beachten wäre, wenn man den Polizeibeamten die Bekleidung wieder freigeben würde. Mit der Einführung der Beamten ist es nicht sehr weit her. Sie bekämpfen sich bis aufs Messer. Aus den vielen Petitionen aus dem Sächsischen Landtag ist ersichtlich, daß eine Gruppe sich gegen die andere ausspielt. Er untersucht die Frage des Ortszulassung, der Frauen- und Kinderhilfe, des Wohnungsgeldes, und bringt zum Ausdruck, daß es im Interesse der jährlinigen Beamten liege, wenn man nicht nur eine Ortsklasse habe, sondern mehrere.

Der Referent schlägt keine Ausführungen mit der Feststellung, daß es ihm angenehmer gewesen wäre, vor den Beamten über ihre neue Befolzung zu sprechen. Das war aber nicht möglich, weil eine gesetzliche Neuregelung noch nicht Tatsache sei.

Stephan — von der Stadtpolizei — nimmt zu den Ausführungen Stellung. Aber auch in den Ausführungen von Stephan vermischt man das, was den Beamten gefragt werden mußte und was sie wissen wollen. Von Herrn Stephan hätte man erwarten müssen, daß er die Stellung des Verbandes zur Befolzungstafel klärt, umgekehrt, daß er ausgesprochen hätte, was die Polizeibeamten fordern und was sie durchsetzen wollen. Auf

diesem Gebiete zeigen sich die größten Mängel in der Organisation der Polizeibeamten. Es wird die Pflicht der Beamtenschaft sein, dafür zu sorgen, daß bei künftigen Tagungen in diesen Fragen mit offenem Willen gekämpft wird.

Herr Dettloff, der Referent für Befolzungsfragen im DDB nimmt in längeren Ausführungen Stellung zu dem Vortrag des Herrn Ministerialrat Schulze. Aber auch er sagt nichts Neues. Er redet viel, redet lange, bringt interessante Beispiele, aber er sagt nicht klar und schärfer, was der DDB in dieser Frage will. Man hat das Gefühl, als gehöre ein großes Verliespiel vor sich. Jedermann muß gelogen werden, daß die Delegierten, obwohl sie auch diesem Redner Beifall sollen, nicht in die Lage versetzt werden, ihren Kollegen zu berichten, was der DDB in der Befolzungsfrage will.

Nach der Mittagspause wird in die Beratung der Antage eingetreten. Es liegen dem Verbandsstag insgesamt 64 ordentliche Anträge und 24 Dringlichkeitsanträge vor. Die Anträge beschäftigen sich fast mit allen Gebieten des Polizeiwesens. Anträge nehmen Stellung zum Polizeiaufschluß, 17 Anträge beschäftigen sich mit der Befolzungsfrage. Diese 17 Anträge fordern durchgängig höhere Einstufung, 100-prozentige Bewertung des Bereitschaftsdienstes und anderes mehr. Zur Frage der Verlängerung nehmen drei Anträge Stellung. Das Beamtenrecht wird ebenfalls in drei Anträgen behandelt. Die Fragenbefreiung, Prüfung, Fortbildung usw. werden in 18 Anträgen behandelt. 10 Anträge beschäftigen sich mit Forderungen in Bezug auf Dienstkleidung, Nebenbezüge, Urlaub, Unterfunk und sonstiges. Zur Gewerkschaftsfrage nehmen vier Anträge Stellung, der Antrag 62 wird abgelehnt. Zur Sozialen Einrichtungen sind zwei Anträge gewidmet.

Für alle Anträge werden einstimmig angenommen.

Bei einigen Anträgen werden kleine Änderungen vorgenommen.

Abgelehnt werden nur die Anträge 61, und zwar gegen die Stimme der Stadtpolizei, der Antrag 63 wird einstimmig abgelehnt.

Für den Antrag 62 werden 624 Stimmen abgegeben, davon 449 und 89 Stimmenthaltungen.

Der Dringlichkeitsantrag 1 wird angenommen.

Eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen, und zwar 2, 3, 4 werden zum Teil als Material überwiesen und angenommen.

Antrag 4 wird zurückgeschlagen.

Alle übrigen Dringlichkeitsanträge werden einstimmig angenommen.

Zu den Anträgen sprachen die Herren Schönfeld, Schröder, Röhl, Kubo, Haselkorn, Hennig, Stephan und Weißbach.

Im Namen der Haushaltskommission wird der vorgeschlagene Plan zur Genehmigung empfohlen. Der Verbandsstag beschließt das einstimmig.

Im Auftrag der Wahlkommission macht Herr Möndig den Vorschlag, zum 1. Vorsitzenden Herrn Dettloff, zum 2. Herrn Stephan, zum 3. Herrn Dettel zu wählen. Alle drei Herren werden einstimmig vom Verbandsstag gewählt. Auf Beiträgen ob sie das Amt annehmen, stimmen die Herren zu.

Stephan — von der Stadtpolizei — stellt fest, daß es ihm nicht leicht sei, die Frage zu beantworten, ob er annimmt. Es kommt ja ebenfalls für jeden einmal die Zeit, wo er Röde noch wendig habe. Er muß feststellen, daß er nur dem Zwange seiner Fachgruppe folgend annehmen; keine persönliche Ansicht in eine andere.

Auf Vorschlag der Wahlkommission wird dann der gesetzliche Gehältsführende Ausschuß gewählt. Als Kassenprüfer werden wieder gewählt die Herren Schub, Kreher und Schüre.

Der Verbandsstag beschließt auf Antrag, den nächsten Verbandsstag im Jahre 1928 in Döbeln abzuhalten.

Mit einer kurzen Ansprache und Dankesworten an alle Teilnehmer schließt der 1. Vorsitzende, Herr Dettloff, den Verbandsstag.

Restaurant zur Börse, Pirna M. u. A. Zocher

beste Einkehrstätte, gemütlicher Aufenthalt

Bautzen, Kornmarkt 16

Erwin Riedel Tabak- u. Schreibwarenhandlung

Rumbo-Umwullen

löst bei allen Hausfrauen, die Wert auf eine blütenweiße Wäsche legen, vollste Befriedigung aus. Kein übermäßiges Reiben, kein stundenlanges Kochen, sondern die Wäsche nur in der kalt aufgelösten Lauge über Nacht einweichen und am nächsten Morgen ¼ Stunde kochen.



zu haben in allen Geschäften. Wo nicht, weisen wir Bezugsquellen nach.
Rumbo-Seifen-Werke, Gebr. Rumberg, Freital/Sa.
Hersteller der allseitig beliebten Rumbo-Seife.

GEG:

Zigaretten
mit prächtigem Aroma
dennoch billig



sind zu haben in allen Verkaufsstellen

des

Konsumvereins

Vormärts

Warenabgabe nur an Mitglieder

Diskussion zum Bericht über die 7. Erweiterte Executive

Thälmann: Die wenigen Schlüsse und doch so leicht verständlichen Worte des Vertreters der Executive aus Verklärung, darauf hinzuweisen, daß der 11. Parteitag und die mit ihm verbundene Arbeiterschaft Deutschlands von dieser Stelle aus daraus außerhand gemacht werden muß, daß in diesem Jahre der 10. Geburtstag des Bestehens der Sowjetunion ist. In diesem Wettkampfesalon, an dem zum ersten Male im Oktober 1917 die russischen Arbeiter und Bauern der proletarische Diktatur aufstiegen, müssen wir eine große gesellliche Massenagitation und Massenbewegung einleiten. Ich beantrage, daß der 11. Reichsparteitag das JA der KPD beurteilt, in einer Resolution die wir nachdem noch vorlesen werden, diesen Tag als einen Tag des Aufmarsches der revolutionären Front gegen die Weltbourgeoisie vorzubereiten und zu organisieren. (Beifall.) Wird einstimmig angenommen.

Gericke-Halle: Diese Art der volkstümlichen und absolut unökologischen Art und Weise, wie der Vertreter der Executive mit diesem Beispiel des schwarzen Schweins herauftürmt und politische Probleme behandelt hat, verstehe ich nicht und möchte mich bitten. Im Zusammenhang mit den Ausführungen des Vertreters der Executive wolle ich weiter darauf hin, daß wir heute gekämpft und vorgekehrt schon neue kolossale, wichtige Ergebnisse abgespielt haben, die beweisen, wie richtig die Revolution ist, die von der Komintern gegeben wurde. Die Ergebnisse können heute eine Meldung lesen, die die Telegraphenagentur die schwedische bürgerliche Agentur, durchgibt, die

Ergebnisse zwischen Chamberlain und Stresemann so vermutet, daß „nur Ostproblem im vollen Umfang aufgerollt“ wird. Man glaubt andererseits, daß Chamberlain alle Mittel anwendet, um Ruhland und Deutschland einander zu entziehen. In französischen politischen Kreisen ist man sich darüber klar, welche Bedeutung diesen deutsch-französischen Begegnungen beizumessen ist, und man sagt sich, daß der englische Außenminister für die Förderung der deutsch-russischen Freundschaft einen Preis in zahlen bereit steht, der vielleicht in der Unterstützung der deutschen Anstrengungen auf die Ruhland-Rückführung zu suchen wäre. Und zum Schluß heißt

noch England unter Zustimmung Frankreichs die Absicht hat, auf der kommenden Ratskonferenz das Problem der Beziehungen Westeuropas zu Sowjet-Ruhland gründlich aufzurollen, um sich für seine weitere Politik gegen Moskau eine zweite Unterstützung zu suchen.“

Diese Ereignisse entwideln sich mit einem unheimlich schnellen Tempo, was natürlich andererseits nicht bedeutet, daß einige ältere ultralinks Genossen auch in der Diskussion schon gefordert haben, morgen bricht der Krieg gegen Sowjet-Ruhland aus. Ich denne nicht, dieses Problem nur zum Gemeingut der Kommunisten zu machen sondern man muß diese Fragen aufmerksam in einer Form, die die ganze Arbeiterschaft zur Selbstverantwortung weckt.

Es heißt besonders auch, die parteilosen und der antifaschistischen Millionenmassen, dahinter steht die unsoheute Statt, die auch auf die SED-Arbeiterschaft

zu bestimmten Einfluss ausüben wird. Wir sehen in der Situation, daß unter den parteilosen Arbeiterschaften ein ungewisser Interesse für diese Probleme vorhanden ist, daß sie

den Wort der Kommunisten mit doppelter Aufmerksamkeit verfolgen, und doch sieht die Begeisterung gegenüber Ruhland, und nicht die Begeisterung gegenüber Sowjet-Ruhland, die die nächsten Tagesanliegen sind.

Am aller Ende, den Vertreter der Executive

hat, daß es am annehmbar ist, er habe nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

daß er nicht einzugehen, ob die Sowjetunion eine Unterstützung zu suchen ist, und

Rücksichten der Mächte aus dem Vorstadium der Erwägungen sich bereits kontrastieren zum wirklichen Angriff auf die Sowjetunion.

Im Namen der rheinischen Bezirke, wie auch der Arbeiterkommune Westfalen, die 1923 gegen zwei Fronten kämpften, erkläre ich, daß wir auch in Zukunft den Kampf führen werden zum Schutz des echten Arbeiters und Bauernstaates, der russischen Sowjetunion.

Ludwig, Berlin:

Die Erfahrungen der deutschen Bourgeoisie in der kapitalistischen Nationalisierung werden sofort internationalisiert. Man braucht nur die Wirtschaftszeitungen der anderen Länder zu lesen, um zu sehen, wie das die Bourgeoisie in Deutschland in der kapitalistischen Nationalisierung erfahren hat, als Beispiel gegeben wird für die englische, französische, belgische und die andere europäische Bourgeoisie. Wir müssen daran den Schluss ziehen, daß es für uns ebenso wichtig ist, genau so die Erfahrungen, die das deutsche Proletariat in dem Feldzug der Nationalisierung gemacht hat, internationalisiert.

Es ist ja so, daß unter dem Zwangssatz der Konkurrenz das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Nationalisierung gewiß in allen Ländern dasselbe ist. Aber infolge der Unmöglichkeit des Machtmastes ergeben sich für die einzelnen Länder Besonderheiten. Und diese Besonderheiten zu erfassen und mitzuteilen von diesen Besonderheiten aus den Kampf zu führen, das ist die Aufgabe.

Und da möchte ich ein paar Tatsachen mitteilen, die gerade in den letzten Tagen bekannt geworden sind als Ergebnis der Nationalisierung, amtliches Material, das von Bürgern ausgestellt ist, das sind die Zahlen, die im Vierjahresplan des Instituts für Konjunkturforschung mitgeteilt werden. Das Institut für Konjunkturforschung hat mitgeteilt, wieviel Arbeitsstunden im Jahre 1926 durch Streik verloren gegangen sind und wieviel Arbeitsstunden in der gesamten Wirtschaft durch Arbeitslosigkeit verloren gegangen sind. Und da stellt das Institut für Konjunkturforschung fest, daß durch Streiks 10 Millionen Arbeitsstunden verloren gegangen sind, durch Arbeitslosigkeit aber 5,68 Milliarden Stunden. Das ist also das Jahrhunderttausend der Arbeitsstunden, die durch Sowjet verloren gingen. Nun aber sagen die Beurwörter der kapitalistischen Nationalisierung, die Nationalisierung sollte der Verschwendungen befreien. Es gibt darüber sogar ein Buch eines amerikanischen sehr bekannten Schriftstellers, und man sieht durch Kommissionen ein, um diese Verschwendungen in der Wirtschaft zu bekämpfen. Hier in Deutschland wird schon die Produktionskrise im Widerstreit zum Produktionsüberschluß hervorzuheben, daß sich ganz deutlich, was es mit diesem Kapitel gegen die sogenannte kapitalistische Verschwendungen auf sich hat. In Wirklichkeit ist doch der Verlust von 5.680.000.000 Stunden durch Arbeitslosigkeit die bruttoste Verschwendungsart, die es je gegeben hat, eine Verschwendungsart, nämlich der menschlichen Arbeitskraft. Als Gegenpol tritt auf der anderen Seite sofort in Erscheinung, daß dort, wo die Arbeiter noch in den Betrieben stehen, die ungeheure Ausnutzung der Arbeitskraft zu versiechen ist. Gerade hier im Ruhestand wird wie ja typische Beispiele genau dafür, wie die Ausnutzung der Arbeitskraft durch Intensivierung bis zum unerträglichen Maße steigt.

Die Stellung, die der Genosse Sinowjew heute vertritt, indem er den vollkommenen Aufbau des Sozialismus in einem Lande verwirkt, wird bestätigt durch den Genossen Stalin, der in seinem im Jahre 1924 erschienenen Buchlein „Lenin und der Leninismus“ zu dieser Frage Stellung genommen hat. Und nicht Sinowjew, sondern Stalin hat sich geändert.

Eine andere wichtige Frage. Wir haben in Deutschland bei der Diskussion über die russischen Arten von den Genossen des IK, das Mandat gespült, wer ist zu wem gegangen? Man hat gesagt, Sinowjew hat sich geändert, er hat seinen Standpunkt, den er jahrelang vertreten hat, preisgegeben und ist zu Trotski gegangen. Aber wir sehen in Wirklichkeit, daß Trotski zu Sinowjew gegangen ist und sich geändert hat.

Scheer, Wohlfahrt: Ich glaube, im Namen aller Befreiungsbewegungen lagen zu können, daß die Sprache des Genossen Rieke nicht die der Arbeiter in der russischen Partei und die der Arbeiter unterteilt ist. Die Sprache dieser Arbeiter unterscheidet sich von der Siedlungnahme des Genossen Rieke grundätzlich. Die Charakterisierung, die der Vertreter der Executive über die deutsche Opposition gegeben hat, ist sehr treffend. Wir können sagen, daß Genosse Rieke und seine Freunde 1923 in einen Schweinskopf gerutscht sind und in diesem Jahr noch mit verbundenen Armen über das Schwein schon längst geschlagen ist. Wie kann ein Genosse, der im praktischen Leben steht, in der heutigen Situation noch die Tatsache der Relativität der Stabilisierung bestreiten? Wo der Arbeiter aus seinen täglichen Erfahrungen im Betrieb und in der Familie jeden Tag die Auswirkung dieser Stabilisierung spürt. Die Ergebnisse der Krankenversicherung geben dafür ein gerade erstaunendes Beispiel. Hier in Deutschland zum Beispiel zum Produktionsüberschluß, der sich nicht nur innerhalb Deutschlands konzentriert, sondern auch im internationalen Maßstab eine Konzentration vornehmen, brauchen, glaube ich, nur angeführt zu werden, um zu zeigen, wie die Genossen der Opposition an diesem großen Scheitern mit gelähmten Augen vorübergehen; wenn man sogar sieht, daß solche Kollektivitäten nicht das nichts anderes als die Betonung der Kapitalistischen Nationalisierung der Wirtschaft ist. Sie ist neuwahr kein Schwund. Wenn wir davon in unseren Thesen absiechen haben, so nur deshalb weil die Kapitalisten diese Nationalisierung als das vorsehen, was sie nicht ist. Sie ist nicht die Kapitalistische Nationalisierung der Wirtschaft, sondern die kapitalistische Nationalisierung ist eine ungeheure Verschwendungsart der Wirtschaft.

Im letzten Vierjahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung hat dieses Institut noch gesagt, wie befinden uns im Aufbau. Damals hatten wir noch den englischen Bergarbeiterkreis, und die Wirtschaft lag daraus ihre Brüder. Heute hat das englische Kohlenkapital einen Teil seines Marktes wieder erobert und nun liegt das Institut für Konjunkturforschung: „Wir befinden uns in einem schweren Fortschreitenden Aufschwung.“ Das ist etwas auffälliger Trommelklang und wenn wir den „sozialen Aufschwung“ in unsere Sprache übertragen, so ist das nichts anderes als die Betonung der Relativität der Stabilisierung.

Es wäre doch interessant, in diesem Zusammenhang kurz einzuschauen auf die Vorstufe, die kapitalistische Wirtschaft durch die Bildung der Trusts und Kartelle in nationalem wie internationalem Rahmen planmäßig zu gestalten. Aber dafür reicht die Zeit nicht; charakteristisch ist aber, daß die Sozialdemokratie hier völlig den Boden des Marxismus verlassen hat und daß auch Hirschberg plötzlich auf einem Kongreß in Wien auf der Standpunkt der bürgerlichen Professoren gestellt hat: Anschrift durch die Trusts wird die Wirtschaft planmäßig organisiert. Nun, in Wirklichkeit ist diese Planmöglichkeit nichts weiter als die Anpassung der Produktionskrise an den beschränkten Markt des Kapitalismus. Es kann nicht von einer Planmöglichkeit des Kapitalismus gesprochen werden, sondern davon, daß dieser imperialistische Kapitalismus tatsächlich ein absteigender Kapitalismus ist.

Zum Schluß noch etwas über das, was wir gegen diese Nationalisierung zu tun haben. Ich glaube, was in Deutschland geschehen ist, was wir zur Nationalisierung gelebt haben, ist richtig gewesen, doch wir anzuwenden halten wir die Tatennotte des Proletariats. Wenn die Produktivität steigt, müssen die Arbeiter davon den Nutzen haben durch Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn infolge der Intensivierung mehr Lebensmittel zum Unterhalt des Arbeiters notwendig sind, müssen die Arbeiter höhere Löhne fordern. Die beiden Forderungen erwachsen unmittelbar aus den Tatsachen der Nationalisierung. Aber das genügt noch nicht. Das legen ja ebenfalls auch die Reformen, nur mit etwas anderer Bedeutung. Sie legen das, und machen die kapitalistische Nationalisierung doch mit. Wir können allen diesen Tageskämpfen nur Indekt geben wenn wir sie unmittelbar mit unserem Endziel verbinden.

Das verhängnisvolle an der ganzen Ideologie der Reaktionen ist, daß sie unter ihrem Eindruck die Arbeiter dem Sozialismus haben vergessen machen. Und gerade unter Aufgabe ist es, in unmittelbaren Zukunfts den Arbeitern wieder den Sozialismus begreiflich zu machen. (Beifall.)

Gräfe (Berlin):

Durch das Referat des Genossen Janzen zieht sich ein toter Faden, daß die kapitalistische Welt sich in Bewegung setzt gegen den Arbeiters und Bauern-Staat Sowjet-land. Ich glaube, daß wir aus diesem Gesichtspunkte heraus, den kapitalistischen, imperialistischen Krieg in den Bergkreis umzuwandeln. Die Frage ist sehr alt und ein großer Bedeutung und deshalb ist es notwendig, der deutschen Partei eine rechte Klarung darüber herbeizuführen, weil die

Stabilisierung des deutschnen Kapitalismus resultiert im vorstehenden Maße aus dem arbeiterverräterischen Verhalten der reformistischen Führer, getötigt durch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik. Da haben wir anzusehen dort, wo die größte Stärke des Kapitalismus ist, aber, wo auch die Totenräuber dieses Systems zu etablieren sind, in den Großbetrieben. Dort haben wir unsere Arbeit zu verlegen, dort haben wir organisierte Aufrüstung aller Fragen.

Kießle (Weddinger Opposition):

Ich verweise darauf, daß jetzt der Genosse Boga auf der Berliner Sekretärkonferenz die Frage der relativen Stabilisierung, wie sie Bucharin und die Schlüsse der letzten Erweiterten Executive seien, nicht als richtig erkannt, sondern er glaubte, die richtige Einschätzung der Situation und Lage darin zu erblicken, wenn man diese Situation als eine Situation zwischen zwei Wellen der Revolution charakterisiert. Wir glauben, daß diese Formulierung des Genossen Boga auf der letzten Berliner Sekretärkonferenz absolut unrichtig war. Die Resolution, die von uns vorgelegt wurde und die sich bezüglich mit der absehbenden Meinung unerstellt zu euren Thesen, liegen das.</p

Das ist die Gruppe, die jetzt vor uns steht. In dieser Form aus der Abwehrkampf erheben werden. Wie können nicht sagen, wenn der Krieg ausbricht, müssen wir in Aktion treten. Aber wenn es zur großen gesellschaftlichen Auseinandersetzung kommt, wenn die Proletarier in den einzelnen Ländern bewaffnet werden, wird es sich zeigen, daß die Erfahrungen von 1914 bis 1918 nicht umsonst gewesen sind. werden die Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Internationale ihre Waffen nicht richten gegen Sommerschädel, sondern sie umkehren gegen die eigene Bourgeoisie.

Dann noch ein Mangel, der in der Partei vorliegt, und den auch der Vorträger der Cœlumus erwähnt hat. Wir müssen uns mehr Zeit lassen zum Studium des Materials. Ich frage ehrlich: Was ist das für ein Zelchen, wie die Parteilitteratur geladen mich? Das muss jedem auffallen, der die Statistik, die draußen angeschlagen ist über die Verbreitung unserer Parteilitteratur auf angelehen hat. Das muss unter allen Umständen geheiligt werden. Wir haben noch einen großen Teil Arbeit in der Partei, die nur gefühlsmäßig revolutionär sind. Sie müssen aber durch die praktischen Erfahrungen und das Studium sich weiterbilden. Wenn die Arbeitsschafft einmal Niederlagen, Rückschläge erleidet im Kampfe, darf das dann keine so großen Auswirkungen auf die Partei haben. Die Partei muss sich bewusst sein ihrer Bedeutung ohne Schmälerungen.

deutung ohne Sanktionen. Genossen! Wir können es die soziale Normierung des Genossen der Obrigkeit zur Lehre reihen, als er sagte. In Sonderstaat wird wenig geldwirkt, aber mehr gearbeitet. Das können wir auch bei den deutschen Vorstel zutun. Wir haben noch viele Genossen, die in den Sitzungen und Versammlungen Reben führen, gute Reden, aber wenn wir untersuchen, was sie unter dem Proletariat im Betrieb, in den Massenorganisationen lebten, müssen wir ein großes Minus feststellen. Hier muss die Kontrolle einlehen.

Genössige Zentner Thüringen! Wenn ein Schotte sagt, die Sozialdemokratie sei baron schuld, daß die Bourgeoisie revolutionieren könnte, so ist die obektive und subjektive Schuld der Sozialdemokratie klar. Über die zweite Schuld ist unsere Schwäche. Es ist uns nicht möglich gewesen, große Kampfmächte bereit zu machen durchzuführen. Wenn aber in Zukunft diese Räume kommen werden müssen wir sie ausnutzen in ihrer Stärke gegen die Nationalisierung durch die Konterre und Trias. Hier müssen wir einem international organisierten Kapital ein internationales Proletariat entgegensetzen und unserer Klassenbasis nach zugrunde liegen die Propaganda für die internationale Gewerkschaftseinheit und die Gewerkschaftseinheit im nationalen Rahmen. Jetzt ist es auch leicht bei den Mittelschichten, bei den Kleinbauern, die unter den Nationalisierungsmaßnahmen der kapitalistischen Staatsmonarchie und der kapitalistischen Wirtschaft leiden, in einer Art mit dem revolutionären Proletariat zu bringen.

einer Front mit dem revolutionären Proletariat zu bringen. Heute noch möchte ich kommen. Rießt man nach der Diskussion an mich die Frage: Was macht die Kommunistische Partei konkret, wenn der Krieg ausbricht? Die Partei muss diese Frage konkret beantworten. Aber wie können nicht nur die kommunistische Antwort geben, was die kommunistische Partei tut wird, wenn der Krieg ausbricht, sondern wir müssen Ihnen sagen, was wir schon heute zu tun haben zur Verhinderung dieses Krieges. Das ist die Hauptfrage. Unsere Linie im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Intervention ist durchaus richtig, aber sie muss auch für das lebende Mitglied konkretisiert werden. Jedes Mitglied muss wissen, was es in der einzelnen Situation zu tun hat. Wir dürfen uns keinen Illusionen darüber hingeben, doch wir seine Verblindete haben werden. Wohl werden wir bereits Mullen von Sympathisierenden um uns haben, aber wir werden nicht einmal auf die Union Sozialdemokraten rechnen können. Paul Levi hat ja schon erklärt: Was flimmt uns das Schiffal von Tschuprowskaja. Nun, was flimmt nicht das Schiffal von Tschuprowskaja, aber es flimmt uns das Schiffal der chinesischen Revolution. Und das ist eines der ersten Probleme auch für das kommunistische Proletariat.

auch für das europäische Proletariat.
Unsere Ultralinken sind in dieser Stunde die Schilderhalter des Imperialismus. Ich habe als Nukland-Berichterstatter wohl in hundert öffentlichen Versammlungen Berichte gegeben und habe in der Parteidokumentation wohl in fünfzig Parteidokumenten geläufig sein. Die Traumteile aber, die die Sozialdemokraten in den öffentlichen Versammlungen und unsere Ultralinken in den Mitgliederversammlungen aufzuzeigen scheinen immer die gleichen (Ausruf: Seht gut!). In Nukland wird kapitolsteiflicher als überall getrieben, in Nukland herrscht der Ruket über al'm. Und ob die Ultralinken es wissen oder nicht, unsere Ultralinken haben kein Vertrauen zu Sowjetrußland innerhalb des Brieles leicht geschafft. Vor vier Jahren durfte bei uns niemand wagen, öffentlich über Sowjetrußland zu sprechen und jetzt ist diese Stunde zur Diskussion gestellt. Unsere Ultralinken sind obgleich der Reaktionstrupp der Bourgeoisie innerhalb unserer Nation (Ausruf: Seht gut! Widerstand gegen Ultralinken.) Nach dem was ich von euch gehört habe nehme ich an, daß einige von euch nicht wissen, was

Be tun (Meffall.)
Gen. Reinhards. Saargebiet. Herrschaften! Das Refe-
rat des Vertreters der Exekutive hat sich auch in der Sache
mit den Mittellinien mit der nationalen Frage befaßt und
gerade mir aus dem Saargebiet und auch die Menschen auf
dem Gebiet von Danzig können bestätigen, daß die Linie, wie
sie fehlt von der Exekutive festgelegt wurde, in dieser Form
nur zu richtig ist. Bis zu dem Jahre 1923/24, bis zu diesem
hat die Bourgeoisie in den Gebieten, die vom Reich durch die
Revolution getrennt wurden, eine wilde Kampagne
geführt unter dem nationalen Deckmantel gegen die sogenan-

Seit dieser Zeit haben sich die Dinge vollständig geändert. So verhandeln heute die deutsche und französische Bourgeoisie über das Saargebiet und die dortigen Saargruben. Über die Einheitslichkeit und die Übereignung an ein kombiniertes Kapital, das P. B. aus französischen und deutschen Aktiendruck zusammenleben soll. Der sogenannte nationale Kampf um die Befreiung dieses Gebietes ist vollständig verstummt. Auf der anderen Seite gehen wir fest, daß nicht zu der Tagung des Männerbundes die gesamte französische Presse, einschl. der Sozialdemokraten von dem Männerbund verlangen die Einsetzung eines englischen Präsidenten in der Saar-Regierungskommission, so daß also in dieser Frage eine vollständig einheitliche Linie der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten besteht. Nichts wird mehr gelangt von der Unterdrückung dieser Gebiete, nichts mehr wird vorgeschritten zum Kampf gegen den französischen bzw. englischen Imperialismus. In Verbindung damit stellen wir fest, daß durch die Abtrennung dieser Gebiete und durch das Ablandnis der bürgerlichen und der französischen Bourgeoisie, auf der anderen Seite der englischen Bourgeoisie, die Arbeitersklasse in diesen Gebieten vollständig isoliert ist und von dem verbliebenen Kapital gemeinsam angegriffen wird. So geht man jetzt im Saargebiet davon über, im Interesse der Stabilisierung der französischen Währung die Röhne der Arbeitersklasse um 12 Prozent herabzusezzen. Es ist uns gelungen, das Gebiet zu mobilisieren, jedoch wie hoffen, daß am 10. März die Arbeitersklasse dort den Kampf aufnehmen wird. Die obere Frage, die Frage der Stellung der Partei zu der nationalen Frage dieser Gebiete muß nach unserer Ansicht auch von der gesamten Partei hier festgelegt werden. Wo kann nicht angehen, daß die Kommunistische Partei an irgend einer Frage vorbeigeht. Wir haben deshalb gemeinsam mit der Delegation von Danzig einen Antrag an die politische Kommission eingereicht, die die Sache des Saargebiets und Danzigs behandelt. In diesen

für den Anfang dieser Weiberleute an das Reichsgebiet, um gemeinsam mit der deutschen Arbeitersklasse den Befreiungskampf des Proletariats führen zu können. Wir schlagen ferner deshalb dieses vor, weil wir damit auch praktisch in diesen Gebieten den Kampf gegen den imperialistischen Völkerbund führen können. Die Dinge liegen so, daß die übrigen Parteien, die bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten, wie ich schon erwähnt habe, ihrerseits im Schlepptroupe des Völkerbundes marschieren, und daß es ihnen dadurch gelingt, die Arbeitersklasse in diesem Gebiete einmal mit demokratischen Völkerbund-Illusionen zu erfüllen und auf der anderen Seite herauszutreten aus dem gemeinsamen Kampf der deutschen Arbeitersklasse und sie zu isolieren zwischen den einzelnen Nationen. Die Saar-Delegation und die Danziger Delegation wünschen deshalb, daß die Delegierten diesem Antrage, den von uns eingereicht wurde, ihre Zustimmung geben.

Bartels: Wir stellen fest, daß durch das Referat des Exklusivvertreters die Parteidebatte in ihrer Mehrheit auf ein sozialistisches Niveau gebracht worden ist (Widerspruch!). In seinen Ausführungen sind ihm aber neue falsche Ausführungen unterlaufen, wie sie ihm berichtet worden sind. Zum Beispiel glaubte er, daß sich unsere Gruppe solidarisiert — was konnte er wörthlich wohl — mit den Kämpfern der zweiten Revolution in Rußland, daß wir uns nämlich politisch sozialistisch erklären mit Korsch und Schmitt (Zwischenrufe.) Diesen Beweis kann niemand von euch führen (Beweise ich glaube, daß bei Behandlung dieser angeblich links von uns stehenden Gruppen doch maßgebend sein sollte dasjenige was auch die reelle Opposition zur Behandlung solcher Oppositionsgruppen empfiehlt.

In der auf der Erweiterteren Exstirpation nicht zugelassenen
Gefüllung der kleinen Sinusjau, Kamenev, Trucht, mit der
wir uns ausdrücklich abschließen, wird vorsichtig, sinnvollig be-
handelt und hier angeblich links von uns liegenden Grus-
pen unter Punkt 31.

Es ist untrüglich, daß wir den Anfängen der Ultralinks
wohlmeidend gegenübertreten. Wir kämpfen und werden gegen
jede ultralinken Zehler kämpfen. Aber wir fordern, daß die
Sektionen der Komintern sogar einem solchen Ultralinks
links revolutionären Arbeitern gegenüber so verhalten, wie
Lenin gescheit hat. Und wie fordern, daß die Komintern die
rechten Führer, Diplomaten, Barmaten, Parlamentarier —
und ich führe ein, auch Minister a. D. — die rechte Sicher-
heit und Schädelkrieger mit wohlmeintenden Theorien zu verdecken
sollten, entblößt und sie so schlägt, wie Lenin es unten hat.
Wir erachten Ihr unabdingt unrechtig und das gefährlich, da
immer mehr in Verwendung gebrachte Auslukungratzen gegen
über solchen linken Elementen der Komintern (in der deut-
schen, italienischen und anderen Parteien), die wenn sie aus-
rechte Rechte machen, um keinenfalls auf die andere Seite des
Balkans fallen, aber beschließen, es zu tun.

Ich möchte gleichzeitig noch einen anderen Aspekt des Ge-
nossen von der Executive hier darstellen. Aber er hat davon
gesprochen daß die sogenannte Maslowgruppe eine sehr lang
Perspektive für die relative Stabilisierung hat. Wenn ich die
These vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande vertrete
dann heißt ihr auch wahrscheinlich eine Jahrhunderte lange
Perspektive vor (Geflüster!) Das ist doch wohl die Logik
(Auffrischung!) zunächst müßt ihr den Nachweis brin-
gen wo und wann irgendein jemand eine zehnjährige Perspektive
gestellt haben soll. Wir unterstreichen aus dem Ausführungs-
bericht des Exk-Direktors unbedingt die Kriegs- und Internationale
gefahren gegen Sowjetrußland. Der Genosse der Executive ha-
gewiß gewohnt angemäßt ausgeführt, daß er unsre praktischen
politischen Vorstellungen die in hier als Schaddocumente beseit-
det werden und uns immerhin auf der Kreisfalte verbüchert.
Der Genosse hat weiter davon gesprochen daß die Opposition
in Rußland auf der letzten AK-Sitzung Antizäden angeklagt
hat, die von der Parteiemehrheit eingebenkt wurden. Unter-
deutsche Opposition hat auch schon Anträge der Parteiemehrheit
gestellt wie z. B. Anträgen zur Befreiung der politisch
Gefangenen usw. (Geflüster!) Es gibt selbstverständlich
auffällige Punkte, wo wirtschaftliche Gegenstände vorhanden sind
die mit gewissen markierten können. Überhaupt Genossen
stehen die wollen natürlich keinen Fehler machen, wenn sie
doch irgendwie die zulässigen Oppositionsgenossen ihre politi-
sche Plattform aufzugeben hätten. Die lehnen nach wie vor die
Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande ab und
meisen nach wie vor hin auf die gefährliche Entwicklung
Sowjetrußland wenn man nicht von vornherein entschente-
den Ausmischungen die genehm werden durch die Einführung
der Neo-Politik die vor allem darin besteht daß man neuer-
dings den Kurs mehr und mehr zu Neuen auf die Doktrin
daher man zu viel wirtschaftliche und politische Konzeption
macht der bestehenden Kosten in Sowjetrußland (Wurm, Zur

Die These Bucharins, daß die Arbeiterschaft im Jahre 1914 die Pflicht gehabt hätte, einen Kampf der deutschen Bourgeoisie gegen die Entente zu unterstützen, schaffen falsche Voraussetzungen und läuft auf dieselbe These der belgischen Sozialpartei von 1914 hinaus. 1914 glaubten sich die belgischen Sozialisten ebenfalls verpflichtet, ihre unterdrückte Nation unterstützen. Das war die Unterstüzung der Nation durch

Von der Volks- und andere Befürworter.
Lenz: Bartels erklärte, daß es ein Irrtum ist, daß seine Gruppe sich damals mit den offenen Antiholoschewitschen Roth und Schwartz solidarisiert hätte. Ich allein weiß jedoch, daß Leibholz und andere Anhänger der Urbahns-Gruppe gegen den Ausschluß von Roth und Schwartz gestimmt haben, als dieser seine antisemitische Propaganda schon ganz offen entfaltet hatte.

Somjektum gebrängt werden. Das hat die Entwicklung bereits zur Sehige befähigt.

Gen. Partei bezeichnet dagegen, daß Maslow die Wiederherstellung einer dauernden festen Stabilisierung hat. Das ist leicht nachzuweisen. An der Spitze des Memorandums, das Maslow verfaßt hat, heißt es: Die Krise innerhalb der R.R. ist permanent. Weiter heißt es: Die Krise ist verurteilt durch die Stabilisierung des Kapitalismus. Wenn man das logisch weiter folgert, so geht daraus hervor: die Krise ist permanent die Ursache der Krise ist die Stabilisierung des Kapitalismus und daraus folgt also eine Stabilisierung im Permanenten. Eben deshalb weiß Scholem und andere glauben, daß eine dauernde Stabilisierung vorhanden ist und das Proletariat reformistisch entartet — Scholem war immer der komischen Meinung, daß er der einzige Revolutionär sei und die Arbeiter von Natur aus rechte Schwine seien — meint er, daß die Kommunistische Partei und die R.R. nicht so revolutionär sein können — schreibt Scholem, Uebahns u.m.

Die Politik die hier von den Ullenskinen betrieben wird ist auf der einen Seite Sowjetunion verbündet und andererseits noch zuwenig hin ihre Solidarität mit Sowjetunion proklamieren und ihr Kampf gegen die Kriegsgegner. Diese Politik ist eine ähnliche wie die bei Unseren Sozialisten.

Dieselbe Otto Bauer, der einen Antrag zur Abrechnung der Sowjetunion verfertigte, verwirrt Tag für Tag das Proletariat mit der konterrevolutionären Hebe gegen die Sowjetunion. Wie kennen eine solche Strategie. Die Vorbereitung und Durchführung solcher Vorschläge wie die Bortels gemahnt hat, ist nicht von heute auf morgen möglich sondern wir werden praktisch die Herstellung und den Transport von Kriegsmaterial erst dann verhindern können, wenn wir in den Kreisen einen maßgebenden Einfluss haben. Heute eine Referenz der Transport- und Schifffahrtsunternehmen wäre ein Fehler, weil wir die Machtpositionen dazu noch nicht haben. Aber wenn wir die Politik durchführen, die wir hier diesem Parteitag beschließen, dann werden wir auch mitwirken, an der Spitze des Proletariats den Kampf gegen die Sowjetunion führen.

Stichhofen-Siederlaichen. Die Opposition betrieß darüber, doch man sie in ihrer Rolle als Konterrevolutionär zeichnet. Aber die Auswirkung ihrer Opposition ihrer feindseligen Stellung zu Sowjetrußland und zur Komintern ist Arbeiterkraft gegenüber konterrevolutionär. Der Werkberuf ist derjenige Bezirk, der unter der Opposition ihrer Politik am meisten zu leiden gehabt hat. Dieselben Leute vom der Opposition heute auf dem Balkettan zu hören waren, haben wir gehört im Mai und Juni vorigen Jahres als Tward Rak vor seinem Abschwanken ins Lager der Konterrevolution gestanden hat.

Woran versuchte hier einen Widerstand zu machen der 27. Aktion, die Parteileiterschaft und der Opposition, die Rötter tritt, zu messen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht Rötter und seine Gruppe in allen Versammlungen wo sie getreten sind. (Zwischenruf Rötter: Die Mehrheit erobert!!!) Korreferenten in ihren Maßnahmen einen Ton annehmbar der absolut feindlich gegenüber dem Sowjetzirkusland absolut feindlich gegenüber der Politik der Komintern war. Wenn man Entwicklung überblickt, die der Genossen Rötter genommen so kann man eines feststellen: als zwar Röhr noch in der Zelle war, da haben die Genossen die hinter Rötter gestanden, mit zwar Röhr eine Einheitsfront gemacht. (Zwischenruf Rötter: Schwindell!) Sie haben das nicht offen ausgegeben sondern haben verlangt, doch man in der Frage Röhr in Mitgliedschaft in Niederländischen Referenten und Korreferenten stellen soll, um angeblich die Meinung der Opposition zu hören. In sehr anderen Fragen haben sie dieselbe Stellung e

Und ich möchte hier im Namen der Delegation Sieberstadt erläutern, daß wir auch in Niedersachsen Schluß machen werden mit der Art von Opposition wie sie die Gruppe des Generälers macht. Sie ist in Wirklichkeit nicht zu unterscheiden

Die Genossen sagten, und besonders die Genossen, die im
Kreis stehen, sagten uns, so ist uns unmöglich gemacht, in
Betrieben zu arbeiten und zu werben für die Partei, wen-
igenen Reihen Genossen erfüllten, die die Politik der Kom-
munistischen Partei nicht verstehen.

Schlussswort des Genossen Dengel

An Stelle des Genossen Janzen spricht Genosse Dengel
Die Früchte der nationalen Minderheiten

Genosse Engel: Zunächst zu dem, was die Genossen aus Danzig und dem Saargebiet beantragt haben, und zwar, daß in die politische Resolution ein Antrag aufgenommen wird, daß die Kommunistische Partei Deutschlands kämpfen müsse für die Wiedervereinigung Danzigs und des Saargebiets, für die Wiedervereinigung mit dem deutschen Reich. Wir werden in der Frage Danzig und Saargebiet wie bisher auch weiter, weiter der Linie der Komintern in der nationalen Frage, für eine volle uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht eintreten! Dabei müssen wir aber im Auge behalten, daß die Kampagne der Bourgeoisie für die sogenannte Wiedervereinigung Danzigs und des Saargebiets mit dem Deutschen Reich nicht mit diesem Kampfe um das Selbstbestimmungsrecht verschmilzt werden darf. Wir müssen im Gegenteil die imperialistische Kampagne als falsch ansehen und zeigen, daß Deutschland dessen Sam

perialisten hinter den Kulissen die Kampagne gegen den räuberischen Imperialismus führen, in den Reihen der imperialistischen Räuber stehen. Es ist im Völkerbund, nimmt im Völkerbund an allen Verbrechen des Völkerbundes gegen die ausgebauteten Völker aktiv teil — und dieses gleiche imperialistische Deutschland, dessen politische Vertreter im Völkerbund und dessen Wirtschaftsführer im Stahlkartell sitzen, möchten Redenspielen als Beschützer und Befreier der politisch und ökonomisch unterdrückten Minderheiten der deutschen westlichen Nachbarn im Osten und im Westen.

Bevölkerung im Osten und im Westen.
Bei unserer Kampagne für das Selbstbestimmungsrecht, bei den
Gipfelpzielen jeweils figiert werden müssen bei unserem Kampf
gegen die Bourgeoisie und zum Zusammenchluss mit der Sovi-
jet-Union, müssen wir durch Wort und Tat auf das schärfste
unterstreichen, daß wir den gemeinsamen Kampf des deutschen,
französischen und polnischen Proletariats als die einzige Grund-
lage ansehen der zur vollen sozialen und nationalen Befreiung

der Gesetzeskraft, der Waffen, furg, der jungen weifliffigen
Erziehung führen wird.

Die Konsolidierung nach der nationalen Frage

Auch zu den Ausführungen der Mittallinien in der nationalen
Zunge zuerst noch ein Wort nebenbei: Rieße hat im ersten
Teil seiner Rede ein Stüdchen seines alten Grammatikonsplätsche-
schebartig, die so langweilig ist, wie eine alte Fototafelplatte.
Hier haben das alles schon zum Überdruck gehört. Ein Punkt
aber außerordentlich interessant. Rieße hat gesagt, er ist
nun gegen die Feststellung der relativen „Stabilisierung“, aber
einverstanden mit dem, was Varga in einem Artikel über den
Sinn der relativen Stabilisierung schreibt. Rieße selbst
nicht kommt zu erkennen, daß sie nicht kämpfen gegen die wirt-
schaftliche Konsolidierung, sondern gegen ein Wort. Denn Genosse
Varga hat in diesem Artikel kein Wort gegen das gelegt was
die 7 Erweiterte Revolution zur Frage der relativen Stabilisie-
rung feststellte. Genosse Varga hat gesagt, relative Stabilisie-
rung ist vielleicht sehr guter Ausdruck vielleicht verstehten
sich die Arbeiter nicht auf vielleicht ist es besser dafür zu
sagen, wollten zwei Wellen der Revolution. Aber alle haben
gesagt, daß das dasselbe ist, was auch die 7 Erweiterte
Revolution ausgesprochen hat. Ich nehme zu einer besseren Erklä-
rung, daß hier bereits ein Missfang von einer unhalzbaren
Stellung vorliegt.

Mein Genossen, ein paar Worte zu den Ausführungen der Genossen über die Frage der nationalen Verteidigung im Jahre 1923 gemacht haben. Solche Genossen, sowohl der Genossen wie als auch der Genosse Bartels haben von hier aus dem Parteitag flotzumachen versucht, daß die Stellungnahme des Genossen Bucharin auf der 7. Erweiterten Exekutive und die Thesen in dieser Frage nicht vereinbar seien mit dem Programm. Ich glaube, es ist sehr einfach, die Genossen abzuführen zu führen. Es dürfte den Genossen bekannt sein, daß die Politik des Sowjetstaates in ihrem Verhältnis zum kapitalistischen Deutschland bis zum Jahre 1923 vom Lenin bestimmt worden ist. Es blieb den Genossen bekannt sein, daß der Genosse Lenin z. B. auf dem 2. Weltkongreß im Jahre 1907 die Not und lebt eindeutig ausgedrückt hat, daß das kapitalistische Deutschland unterdrückt war, daß das kapitalistische Deutschland einen kolonialen Schatz habe. Lenin hat das nicht nur einmal auf dem 2. Weltkongreß gesagt, sondern er hat das an 5 bis 6 Stellen in seinem Werk ausgedrückt. Lenin hat auch in seinem Artikel „Sieben Minuten, aber beller“ Anfang 1923 ausgedrückt, daß das kapitalistische Deutschland unterdrückt sei, einen kolonialen Schatz habe. Wenn ein Land einen kolonialen Charakter habe, so ist es natürlich doch dieses Land einen gerechten Krieg, einen gerechten Befreiungskrieg führen kann. Die Stellungnahme des Proletariats in einem solchen Befreiungskrieg ist nicht möglich, wie in einem imperialistischen Krieg. In einem solchen Krieg muß das Proletariat nicht unmittelbar für die Verbündeten kämpfen, sondern muß teilnehmen an diesem Krieg, doch es nicht einen Augenblick verblühen, wenn Kampf gegen die Monarchie zu richten. In der Entwicklung des sozialen Aufbaus muß das Proletariat die Vorberichtigungen treffen, um die eigene Bourgeoisie

im Kürzen und den Krieg umzuwandeln in einen Krieg des Proletariats. Das ist die Stellungnahme des Genossen Lenin und auch des Genossen Bucharin. Es ist ein vergeblicher Versuch von den Genossen, einen Widerspruch darzustellen zwischen der Stellungnahme des Genossen Bucharin und des Genossen Lenin.

Genossen außerordentlich interessant und bezeichnend dafür, daß die Genossen, besonders der Genosse Bartels, die ganze Fragestellung nicht verstanden haben, ist folgendes: Der Genosse Bartels stellt im Parallele des kapitalistische Deutschland vom 1923 und Belgien 1914. Dieser Vergleich ist unmöglich. Warum ist der Vergleich unmöglich? Belgien befand sich 1914 im Bündnis mit einem bloß imperialistischer Staaten. Und als solche ein Verbündeter ist Belgien in den Krieg gegangen. Das ist Wirklichkeit. Lenin hat 1923 festgestellt, und Bucharin hat das wiederholt, daß 1923 Deutschland kein Bündnis mit einem imperialistischen Bloß hatte, daß es für Deutschland unmöglich war, ein Bündnis mit imperialistischen Staaten zu haben. Nach dem Krieg befand sich das kapitalistische Deutschland gegenüber einem einzigen Bloß von imperialistischen Siegerstaaten. Es war ein Objekt der Unterdrückung und Ausbeutung. In dieser Zeit ist auch das Damenteilkommen geschaffen worden.

Hier interessanter ist die Sellungnahme des Genossen Bartels zum deutschen Imperialismus von heute. Der Gen. Bartels sagt, auch heute gibt es keinen selbständigen Imperialismus, auch heute ist Deutschland ein Anhänger der imperialistischen Staaten. Hier offenbart sich seine konterrevolutionäre Einstellung. Was bedeutet es, wenn der Genosse Bartels erklärt, Deutschland hat heute keinen selbständigen Imperialismus. Deutschland ist ein Anhänger der imperialistischen Staaten? Er will verwischen den Unterschied zwischen dem Jahre 1923 und heute. Gerade der Genosse Buchharter zeigt, daß heute das kapitalistische Deutschland eine vollständig andere Rolle spielt als damals, doch es führt einfügt in die imperialistische Front und daß es sich verbündet mit den anderen Imperialisten gegen die Sowjetunion. Es ist nur eine Konsequenz, wenn Ihr diesen Punkt verninnt, weil Ihr keine klare Stellung zu Sowjetland habt! Deshalb verucht Ihr auch hier die Krise des Imperialismus zu verwischen. Ihr werdet in der Partei vernünftig die Frage so zu stellen versuchen. Die Partei wechselt die Bedeutung die Beichlässe der 7. Erweiterten Exekutive haben. Welche Bedeutung haben die Beichlässe? Sie haben die Bedeutung, daß gesamte Proletariat auf die ungebührliche Gefahr hinzuwissen, es aufzustehen zu müssen auf den Beschluß der Imperialisten, ein aktiver Kämpfer zu werden im Kampf gegen die Sowjetunion, in der Vorbereitung des Friederings der Sowjetunion. Das ist der Hauptzweck der Stellung der 7. Erweiterten Exekutive zur Frage der nationalen Verteidigung und zum Imperialismus und nicht wie Ihr es darzustellen meint.

Zur zitiellen Frage

Ein paar Worte zu dem, was die oppositionellen Genossen über die russische Opposition und über Sowjetrußland gesagt haben. Worin besteht der von ihnen gelegnete sozialdemokratische Charakter dieser Opposition? Der sozialdemokratische Charakter dieser Opposition besteht darin — und das ist auf

der 7. Erweiterter Exekutive bis zum äußersten nachgewiesen worden — daß die russische Opposition geleitet wird vom einem Unglauben an die Kräfte des Proletariats, weil sie nicht glaubt, daß das russische Proletariat die Kraft aufbringen wird, die ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden, weil sie nicht glaubt, daß das russische Proletariat imstande ist, den Sozialismus aufzubauen. Das ist ihre Abneigung hier zu die sozialdemokratische Wurzel dieser Opposition. Wenn man auch der Versuch gemacht wird, hier zu behaupten, als ob Trotzki zu Sinowjew gekommen sei, so wird das nicht gelingen. Jeder, der Augen hat zu sehen, könnte das bemerken, daß die Führer der Opposition nicht Sinowjew und Kamensk und Iwanow Trotzki. Und Sie werden um diese Dinge nicht herumkommen. Der ganze Charakter der Opposition enthüllt sich ganz eindeutig als eine sozialdemokratische Abirrung, als eine trotskistische menschheitsmäßige Abirrung.

Ich habe auch nicht den Optimismus, den der Vertreter der Exekutive geführt hat, doch wirklich ein ernsthafter Versuch der Opposition zur aktuellen Aufgabe der Verfeindung der Sowjet-Union vorliegt. Sie benutzen jedes Mitteilungsblatt, jedes Moment, jedes Auftreten in der Öffentlichkeit zu Heile gegen die Sowjet-Union. Und Vortiess hat hier auch nichts anderes gemacht in seiner Schlussrede.

Glaubt Ihr, daß mit einer solchen persönlichen Argumentation der Kampf geführt wird gegen den Imperialismus und für die Verteidigung der Sowjet-Union? Ihr untergräbt dadurch den Kampf. Nicht ein Wort eines konkreten Nachweises eurer Behauptungen über die Geschehen, die, wo sie bestanden, fast überall bestätigt worden sind, habt Ihr beibringen können. So sieht euer wahres Gesicht aus. Weil der Druck der Arbeiter hinter euch steht, wollt Ihr jetzt gegen den Imperialismus und für die Sowjetunion eintreten, gleichzeitig befürchtet Ihr aber noch wie nur die "Schläfe des Imperialismus", haben Sie nicht, die Sieße, die Begeisterung, die in den Herzen der deutschen Arbeiter eingetragen ist, aus ihrem Herzen herauszuholen. Wir werden dieses Spiel in der deutschen Vorarl nicht mehr dulden. (Sehr lebhafte Zustimmung.) Wir müssen, das höchste, was auf der Welt für die Arbeitersklasse existiert, was wir zu verteidigen haben, die Sowjet-Union ist. Und über jeden, der sich uns in den Weg stellen will, über den werden wir hinwegschreiten. Das ist das Gesetz des direkten Parteitag dem deutschen Proletariat, dem russischen Proletariat, dem Proletariat der ganzen Welt gehorchen wird. (Stürmischer Beifall).

四三〇

Gnossle Boett hat in einem Zwischenfall zum Ausdruck gebracht, daß die Opposition in der Rednerliste benachteiligt worden ist. Rellie steht, daß die Delegation sich an geeignete Stelle gesmelstet hat. Dazu Rellie ich fest: die Opposition ist bis jetzt zu Werk gekommen, die sogenannte Kötter-Son-Opposition mit 40 Minuten, die sogenannte Bartels-Genselwitz-Opposition mit 20 Minuten die Weber-Rellie-Opposition mit 20 Prozent der für die Diskussion verhandlten Redezett also ungemein bevorzugt worden.

Die Lage der arbeitenden Jugend

Referat des Genossen Geschke auf dem XI. Parteitag

Der Angriff der Unternehmen

Der Umstimmungskampf der Unternehmer der Bourgeoisie, der Regierung, der Kapitalisten hat die deutsche Arbeiterklasse die einheitliche Abwehr und Einheitsfront der Arbeiterschaft untergeordnet. Alle diese Kämpfe, die von den Unternehmern gegen die Arbeiterschaft und vom der Arbeiterschaft gegen die Bourgeoisie geführt werden, sind Klassenkämpfe. Wir müssen bei diesen Klassenkämpfen der Bourgeoisie feststellen, daß eine großzügige Strategie obwaltet. Die Bourgeoisie, die Kapitalisten, die Regierungen, die bürgerlichen Parteien, die christlichen Organisationen einschließlich SPD und SED usw., haben sich auf die Auslagerung und Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft, auf die Vernichtung der Einheitlichkeit der Arbeiterschaft eingesetzt. Die Unternehmer drücken die Arbeiter aus. Die Unternehmer sprechen ganz offen aus, daß die Menschen nichts anderes sind, als eine Ware, doch die Wirtschaft allgemein von erheblicherer Bedeutungslosigkeit ist als der Mensch vor dem Arbeitsplatz. Notwendig sei eine ausgewanderte Menschenbehandlungstechnik. Eine Verbesserung des Lebens der Arbeiterschaft, Zersetzung, Klassifizierung der Arbeiterschaft.

heiterchaft im Betriebe. Und wie führt sich diese Mensche behandlungstechnik? Nichts reduziert in den Augen der Unternehmer die Leistungen der Arbeiter mehr, als Sicherheit, Wohlfahrt und Fürsorge; nichts belastet mehr die Leistung des einzelnen Arbeiters, als die Angst vor der Entlassung, also das tägliche Kämpfen müssen, als die ständliche Konkurrenz einer Neueinstellung. Das heißt also: je mehr der Arbeit im Betrieb unter der Angst der Entlassung steht, je mehr er im Konkurrenzkampf mit den anderen Arbeitskollegen bei den schlechten Arbeitslöhnen und den schlechten Löchern überhaupt steht, um so besser für den Unternehmer, um so wissfähiger sind die Arbeitskräfte. Der gefundne Ellenbogenkampf, das Werkzeug der Schwachen, bedingt die Wettbewerbslage des Unternehmers, und diese Praxis des Unternehmers soll nun wieder jetzt von ihnen ebenfalls für die Arbeiter übernommen werden.

Mangel an Lehrstellen

Ein besonderes Kapitel ist der Mangel an Lehrstellen. Ein Beweis ist Berlin, wo Tausende 14jährige Knaben und Mädchen keine Möglichkeit zur Erlernung eines Berufs haben. Solch ein Jugendlicher wird also in das Erwerbslosenheer gestoßen. Er bekommt natürlich auch keine Erwerbslosenunterstützung, weil er ja nicht aus einem Betriebe kommt. In der Rot wird er Lausbursche oder ähnliches, willig und billig. Lehrlinge, die mit 18 Jahren ihre Lehrstelle verlassen, finden meist keine Arbeit, weil sie angeblich nicht genügend Kenntnisse haben, weil sie angeblich nicht über genügend praktische Erfahrungen verfügen und weil dann auch ein gewisser Tatessprung vom Lohn des 18jährigen Lehrlings zum Lohn des 18- bis 19jährigen Arbeiters hinzukommt. Ich will nicht eingehen auf das ganze Kapitel des Erwerbslosenelends bei den Jugendlichen. Gegenüber diesem Erwerbslosenelend, das die bürgerliche Gesellschaft selbst sieht, wird zur Maßnahme gegriffen, die ganz besonder charakteristisch sind und auf die ich die Aufmerksamkeit des Parteidienstes ganz besonders lenke. In Berlin erfolgt die Sammlung und Beschäftigung der erwerbslosen Jugend in kleinen Gruppen. Sie werden zur Pflichtarbeit herangezogen, sie werden in Jugendheime gebracht unter dem Motto: "Weg von der Stroh!" Im Sommer werden sie draußen im Freien untergebracht. Mitwirkende bei diesen "Sommerlagerungen" der Bourgeoisie, der Berliner Gemeindereitung für die erwerbslose Jugend, sind u. a.: Reichswahlkäppchen. Doch dort ganz bestimmt nicht die "Internationale", doch dort ganz bestimmt nicht unsere Kampflieder gespielt werden, ist klar. Daß dort ihnen schon patriotisches, nationales Geist wieder eingeimpft wird, ist ebenfalls klar. In einigen Begriffen muß man die Aussicht der Erwerbslosenbeliebigkeit nochmals der Teilnahme an solchen Veranstaltungen abbür-

Die Erwerbslosenfürsorge

14jährige junge Arbeiter 12,47 Pf. und der 18jährige in
Gesamt 20 Pf. Die Stundenlöhne der weiblichen jugendlichen
Arbeiterinnen sind noch niedriger. In Ostpreußen bekommt
weibliche jugendliche Arbeitskraft im Alter von 14 Jahren
8,89 Pf. und im Alter von 18 Jahren 12,2 Pf., gegenüber
14,79 Pf. des männlichen jugendlichen Arbeiters. In Trin-
tingen bekommt der 18jährige jugendliche Arbeiter im
Landwirtschaft 14,72 Pf. und der 14jährige Arbeiter 10
Pf. Das sind Löhne, die in der Landwirtschaft bezahlt wer-
den. Nun einiges über die Löhne, die in der Tegelind-
ustrie zur Zeit gezahlt werden. Der männliche jugendliche
Arbeiter von 14 bis 16 Jahren erhält 19,5 Pf., die weibliche
Arbeitskraft 14,2 Pf., von 16 bis 18 Jahren erhält
männliche Arbeiter 20,2 Pf. und die weibliche Arbeitskraft
18,6 Pf., die 18- bis 20jährigen männlichen Arbeiter erhält
23,7 Pf. und die weiblichen von 18 bis 20 Jahren 21,5 Pf.
Liebet 20 Jahre werden den männlichen Jugendlichen 40,- Pf.
und den weiblichen Jugendlichen 36,- Pf. Beigetragen. Die Ar-
beitsergebnisse sind prozentual weniger. 1914 war schon jenseit,
dass der Krieg ausbrach, kein einziger Arbeiter mehr in
der Industrie beschäftigt. Inzwischen ist die Produktion wieder
aufgestartet und die Arbeit ist wieder eingezogen.

Angestellte. Weder erhalten die ersten 14 Tage Überholzeiten lohn, so müssen sie von der Lust leben. Die Arbeitszeit beträgt für Zeit 6½ Stunden, für Jugendliche unter 16 Jahren 6½ Stunden. Ein jugendlicher Arbeiter erhält normal wöchentlich 12 Mark, davon geht ab Kranken- und Invalidenversicherung, Erwerbslosenbeitrag, so daß er genau 10,50 Mark ausbezahlt erhält. Für über 16,50 kann er sich in Thüringen haujen 15 Brode zu 4 Pfund. Ein Angestellter mußte lernen für Kleidung sorgen.

Im Frankfurt a. M. hat die Erwerbslosenfürsorge für jugendliche Arbeiter wieder einen anderen Charakter. In Frankfurt a. M. wird eine „große jugendpolitische Einrichtung für jugendliche Erwerbslose“ geschaffen. Das Arbeitsamt hat zur Fortbildung der jugendlichen Erwerbslosen Apothekenschule eingerichtet, zu deren alle Jugendlichen verpflichtet sind. Die Kurse selbst sollen eine berufliche Ausbildung, eine allgemeine Bildung und allgemeine körperliche Erkräftigung (1) bringen. Begründet wird diese Maßnahme des Arbeitsamtes mit der Bekanntmachung des Paragraph 15 der Erwerbslosenfürsorgeverordnung: Nach diesem Paragraphen ist das Arbeitsamt ermächtigt, die Gewährung einer Unterstützung von einer Wirtschaftseinheit abhängig zu machen.

Hier wird der erste Schritt, wie in Berlin, zur Pflichtarbeit und zum Arbeitsdienstpflichtigen unternommen. Und das ist ein Punkt, auf den wir ganz besonders unsere Aufmerksamkeit richten müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Rüstet! Sammelt! Werbt!

Zum Reichsjugendtag des Kommunistischen Jugendverbandes Ostern 1927 in Hamburg

B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte für Dresden und Umgegend

B

Dresdner Fischhallen
Dresden, Webergasse 17
Tele. Obergasse
Tanz Altmarkt am Hohen Salze 26124

Reserviert

POSENDORF b. Dr.
Carl Weise, Inh. Georg Weise
Herrn — Goldwaren — Optik

LEUBEN

Robert Müller
Manufaktur- u. Modebewaren
Roststraße 35 26124

FRIEDRICHSTADT
Fritz Kötter, Schäferstr. 98
Lebensmittel 26140

Kolonialwaren / Lebensmittel
Adolf Hammer, Weiberstraße 74 26142

KÖNIGSBRÜCK

Eugen Martin, Mittelstr. 2
Selbstversand billig in Zeitungen
und Zeitschriften 26137

DOHNA

Deutschreklame, Zigaretten, Woll-,
Strumpfwaren, Witze,
Plastikartikel Dörfelt, Königstraße 41 26165

Fabrikhaus Carl Siegling Nachf.,
Königstraße 99 26100

Kleiderfabrik / Kleidungsbüro
Goth. Arbeit, Königstraße 26003

Paul Kadner, Königstraße 1
amphibit Fleisch- und Wurstwaren 26004

SEBNITZ

W. Reinhard Schmidt, Inh. M. Kaschig
Königstraße 10, Arbeitsamt, Kleider, Wäsche 26110

Reserviert
Janet Teukrot 26005

Friedrich Schade & Sohn
Mittwaren Werke
Haush.- und Küchengeschäft 26001

Dresden-Perspektive, Allee Freizeit
Neustädter Str. 24, Vierseiten-Verkaufsstelle Arbeitsamt 26005

Emil Käcker **Walter Schade**
Markt 8 Käckerstr. 14
Wollwaren und
Kleider- Artikel 26007 Käckerstr. 14
Käckerstr. 14
Käckerstr. 14
Käckerstr. 14
Käckerstr. 14

Brig. Böer
Brot- und Weißbäckerei
Dörlingsdorfer Straße 26100

Ernst Th. Böhme
Markt 8
Glas, Porzellan
Spiegel, Geschirr, 26008
Schuhhandel u.
Beschläge, Anstalt 26008

WEINBOHLA
Gschlitz, Weiß, Wollstoffwaren
Johann-Seiffert, Obermarkt, Weinbau 26004

Herbert Pomper
Bahn-
postamt 7
Haush.- u. Küchengeschäft, Leder- u. Spieldw. 26011

Schuhwarenhaus Ernst Schröder
Schuhmacherstraße, Hauptstr. 4 26000

Elßbüttle Weinböhle
embossed 26004

Oskar Händel, Hauptstr. 24
Haush.- und Küchengeschäft
Gießenwaren / Oesen / Herde 26004

Schuhwarenhaus Eichler, Bahnhofstr. 6
Reparaturen 26003

Schuhmühlhälfte Oskar Höfe
Zwingerstr. 6, Gangang, Theatergasse 26004

CENTRAL-
THEATER
Täglich
Große Operetten-Vorstellung
Alles Nahre
siehe Anschlagszeiten

26004

TUNNEL
Täglich
Unterhaltungs-Konzert
mit humoristischen
Einlagen

26004

LEUBEN
WARENHaus Kurt Heinze
Dresden-Leuben Stephensonstr. 16
Ersatz und Altes
Geschäft am Platze — Reichhaltige und gutsortierte Lager 26005

Kolonialwaren, Lebensmittel, Tabak, Zigaretten
Alwin Bader Stephensonstraße 16 26005

Weiß- u. Wollwaren - Chem. Reinigung
CARL BEIER
5%, Merken-Rabatt - Königallee 2 26003

FRIEDRICHSTADT
Kolonialwaren - Lebensmittel
RICHARD FRITSCHE
Schäferstraße 101 26001

Eisenwaren-Handlung
Haush.- u. Küchengeschäfte, Ernst Kubitschek
Pirnaer Landstraße 164 26001

En gros Schokolade En détail
Mita verm. Rogge
Billigste Bezugssquelle, Weizenkaffee 26003

SIGARETTEN
Zigaretten — Zigaretten — Tabak
RICHARD FRITSCHE
Schäferstraße 101 26001

CHEMNITZER'S WEICHEHRUS
Schäferstraße 14
Eigene Anfertigung von Wäsche
Besonders billig in Wäsche und Bettwäsche 26006

Kolonialwaren, Lebensmittel
PAUL DIETRICH
Wachsbleichestraße 53 26101

SIGARETTEN-HAUS BEGENINDE
Friedrichstraße 10
Gieß- und Steinberloug 26101

Kolonialwarenhaus Ander
Wachsbiechstraße 14
Billigste Einkaufsquelle 26006

O. P. VOGT
Drogen- und Farben-Handlung
Pfotenhäuserstr. Ecke Arnoldstraße 26000

FRANZ RÖDL
Pfotenhäuserstr. 27 — Dernrat 26009

Leibwäsche, Schürzen, Strümpfe usw.
M. HANKE
Schumannstraße 57, Ecke Döplerplatz 26001

EMIL THOMEL
Haush.- u. Küchengeschäfte - Werkzeuge
Pfotenhäuserstraße 18 26008

Brot, Wurst und Reinbäckchen
Max Grubert, Pfotenhäuserstr. 41 26001

PAUL FRANZ
Kolonialwaren — Kaffee-Müsli — Konserve
Weise — Spirituosen usw.
Sternschn. Str. 44 26004

Sanitätswaren J OHANNSTADT, Artikel
für Kranken- u. Pflegebedarf, Pfotenhäuserstr. 3 26001

Wilhelm Bär, Jak. Rich. Feuerodt, Pfotenhäuserstr. 11, Weise, Spitzensta, Kässen grob, en détail
26130

**A. F. Bergmann, Schumannstraße 41, Messerschmiede in Schleifer u. elektr. Schleif. Lager
v. Sölliger u. eig. Essens, in fels. Stahl 26130**

Trinkt einheimische Erzeugnisse!

Dresdner Felsenkeller Pilsner

PIRNA
Das führende Spezial-
geschäft für sämtliche
Molkerei-Produkte ist
Gelmsdorfer Molkerei
Am Markt 26005

G. G. Wagner Nachf.
Kolonialwaren, Puttermittel, Seite 26001

Butter- u. Mehlhandlung
Konrad Süß, Breite Str. II 26004

Lebensmittel
Weine / Zigaretten
Hauswald, Am Markt 16 26005

Woldemar Friedrich Nachf.
Inh. H. Hänel, Markt 9
Kolonialwaren u. Städtelotterieladen 26006

Richard Scherned, Dohnastraße 61, 13
Molkerei 26008

32 PAUL WEISS 32
Dohnastraße 32
Kämen-, Brotchen- und Kinder-Bekleidung 26007

LANGE & LAUSCH
Markt 20 26001

Ewald Kluge, Lange Str. 17
Möbel u. Dekorationen 26007

Lacke / Farben / Pinsel
Schablonen für alle Zwecke 26001

Palast-Theater
Amtsgerichtsstr. 6
Nur Spitzentime — Einst. Künstler-
Kapelle — Tägl. v. 6 Uhr und 8 Uhr
Sonntags 8 Uhr 26007

Vienna Leberhandlung
Dörl. Straße 20 26009

RESERViert

Josef Sander
Schmiedestraße 36 26009

Palast-Theater
RESERViert

Karl Maasch Kolonialwaren
Lebensmittel 26000

RESERViert

Alwin Dießner Schuhwaren
Reparaturen 26004

RESERViert

L. Langhändig Lebensmittel, Tabakwaren
Leder / Farben / Lacke 26001

RESERViert

Louis Roburger, Greifberg, Herderstr. 5
Fugentische Sammlwaren 26010

RESERViert

Conrad Eppendorfer
Restaurant „Bergmanns-Grub“
Gärtnerhausenthal und Regelbahn 26007

RESERViert

Kleiderstoffe
Wäsche / Linoleum
Louis Mehner 26001

RESERViert

Clemens Jaesing
Obermarkt 21
Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen
Linoleum, Möbelstoffe 26001

RESERViert

FREIBERG

RESERViert

Franz Maja, Bahnhofstr. 33
Büroausstatt., Telefonanlagen, Photo-
apparate, fänstliche Bedienungs-Artikel
Gärtnerhausenthal / Reparatur / Vergrößerung 26002

RESERViert

Leder-Ausschnitt Geschäft
H. Helbig, Theatergasse 4 26001

KÖTZSCHENBRODA

Palast-Theater

Vornehmste u. schönste Lichtbildbühne
der Lößnitz. — Täglich Vorstellung.
Anfang: Wochenends 8 1/4 Uhr
Sonntags 5 1/2 u. 8 1/4 Uhr 26002

Zigarrenhaus Oswald Schöffer
Bahnhofstraße 1 26002

Optiker R. Winkler, Moritzburger Str. 9
Spezialabteilung für Radio
und Photographie 26002

Karl Pittins
Bahnhol-
straße 11
Buch-, Papier-, Leder- und
Spielwarenhandlung 26002

COPITZ

A. Mehlihorn
Liebhäuser, Rangstr. 14
Moderne Bildkarten
Postkarten
Vergleicherungen 26002

Otto Süßmilch, Hauptstr. 29
Uhren und Schmuckwaren aller Art
Sprechapparate — Schallplatten 26002

TOJANNSTADT

Kolonialwarenhaus
Carl Kauschke Nachf.
Sächs. Staatslotterie-Einnahme
Pfotenhäuserstr. 34 26001

M. Böhme, Inh. Robert Lehmann
Stefanstr. 33 26002

Kurz, Weiß- u. Wollwaren

COSWID

Martha Winter, Gebäuvestraße
26002

Bierhandlung Neustadt
Graf. Bölers / Selters / Simonides
Karl Richter, Schwerdtstr. 1 26001

BRAND-ERBISDORF

Oscar Schramm
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei 26001

tiergroßhandlung u. Fabrik
alkoholfreier Getränke
FRANZ TREXLER

BRUNNEN
Biere der Radeberger Exportbir
brauerei / Lebensmittel aller Art 26001

Robert Lommatsch
Hute, Mützen, Filzwaren, Pelze 26001

Modehaus M. Emmrich

Alma Neubert
Weiß-, Woll- u. Manufaktur-
waren — Damenkonfektion 26001

Paul Grellmann
Grün- u. Fischwarengeschäft 26002

Zigarrenhaus
Hans Neubert

Brand-Erbisdorf
Filiale: Groß-
hartmannsdorf

FREIBERG

„Moralische Verlumpung“

Unter dieser massiven Überschrift bringt die Dresdner Tageszeitung vom 2. März einen Artikel zur Metallarbeiterbewegung, der allem Anschein nach von sozialdemokratischen Ortsverwaltungsmitgliedern des DMB geschrieben ist. Der Artikel ist eine so wütige Hege gegen die Opposition, daß wir überzeugt sind, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diese „moralische Verlumpung“ reformistischer Gewerkschaftsführer auf entschiedenste Weise verurteilen. Deswegen gehen wir auch auf demagogische Verleidigungsmethoden, wie „Verlumpung zu brausen, es wird schon etwas hängen bleiben“ — „Vorwürfe“ — „Abfehl der organisierten Arbeiterschaft von dießen die Arbeiterschaft schädigenden Methoden“ usw. nicht ein.

Wir stellen fest: Es ist unwahr, daß Kollege Rohde in der Generalversammlung des DMB vom 27. 1. 27 erklärt hat, daß gegen den Kollegen Händel Einwendungen von ihnen nicht erheben werden könnten und daß nur der Kollege Höller für sie einzutreten sei. — Richtig ist, daß Kollege Rohde für die Opposition den sozialdemokratischen und parteilosen Kollegen ein gemeinsames Kampfblatt gegen die offenen und verdeckten Söhnen der NSPS in den Gewerkschaften anbot, indem er bestonte, die Opposition lege Wert auf Befreiung des verdeckten NSPS-Mannes Höller. Kollege Rohde unterließ eine Kritik an dem „linken“ Händel, da dieselbe beim Geschäftsbuch vom Reiter der Opposition bereits eindeutig zum Ausdruck gekommen war.

Wir stellen weiter fest: Es ist unwahr, daß in der Sitzung vom 21. Februar einmütig, also unter Einfluß der drei anwesenden kommunistischen Kollegen festgestellt wurde, daß die Verbandsleitung des DMB Dresden alles, was bei der Ausprägung getan werden konnte, getan hat. Wahr ist hingegen, daß die Opposition in der Ortsverwaltung einer solchen Erklärung gar nicht zustimmen konnte, da sie überhaupt nicht zur Einheitlichkeit kam. Wahr ist weiter, daß die Opposition jederzeit gegen die reformistische Politik der Verbandsleitung gekämpft hat.

Der Artikel verwiecht nicht unabsichtlich die Aussprüche der Ortsverwaltung und der Generalversammlung. Wir stellen also andre Tatsachen weiter fest:

Die Verbandsleitung lehnte in der ersten Sitzung der Ortsverwaltung eine Solidaritätserklärung für die Leipzig Metallarbeiter, die von der Opposition eingebrochen war, ab.

Eine ähnliche Entschließung wurde dann bei den Obleuten der ausgesperrten Metallarbeiter einstimmig angenommen.

Die Verbandsleitung hat einen Vorstoß gegen die unorganisierten in einer Weise unternommen, die unseren Kollegen im Betrieb die Agitation für den Verband fast unmöglich machte. Dieser Vorstoß mußte weiterhin dazu beitragen, daß, angefangen des Kampfes, die Unorganisierten vom DMB eher abgestoßen als angezogen wurden.

Damit ist das demagogische Geschwör der Dresdner Polizei, verurteilt als Lüge und Verleumdung. Gerichtet wird sie auf unproletarische Kampfweise durch das Klassenbewußtsein der Gewerkschaftskollegen selbst. Trotz dieser üblichen Methoden wird die Opposition ihren Weg unbeirrt weitergehen und die Bekämpfung der reformistischen Politik in den Gewerkschaften noch energischer betreiben.

Der „Proletarier“

Zahlreichlich der Ortsverwaltungswahlen im Bezirk Halle-Merseburg zum Fabrikarbeiterverband hatte die Opposition ein Blatt herausgegeben, in dem sie darauf hinwies, daß die Verbandsleitung verläumt habe, Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne zu führen. Trotz der Anklage gegen das Hauptvorstand auf dem Verbandstag in Leipzig, den Kampf um die Rückeroberung des Achtstundentages anzunehmen, seien die Verhältnisse immer schlechter geworden. Das Blatt fordert zum Schluß auf, die Opposition zu wählen. Einheitsweise wendet sich diese an alle Kollegen und Kolleginnen, in den Verband einzutreten. Dem Blatt war eine Beleidigungserklärung beigeheftet.

Gegen dieses Blatt hat die „Proletarier“ eine solche Hege. Da auch in unserem Bezirk die Angelegenheit von der Gewerkschaftsbürokraten aufgegriffen wurde, lassen wir die Antwort des „Klassenkampfes“ auf diese Angriffe folgen:

Das Verbandsamt der Fabrikarbeiter Deutschlands bringt in einer Nr. 6 vom Jahre 1927 eine Notiz mit der Überschrift „Notiz vor Schmidler!“ Diese Notiz heißt die Krone allen demagogischen Geschwörer dar, was sich bisher diese Leute erlaubt haben.

Um was dreht es sich? Die Opposition im Fabrikarbeiterverband hat im Bezirk Halle-Merseburg ein Blatt herausgegeben, das verantwortlich gemacht worden ist vom Genossen Rudolf Sachs, Haile, den man „überausmäßigen Organisationsreiter“ nennt, Unabhängigkeitskämpfer vorwirkt. Wie weinen nur darauf hin, daß Sachs vierzehn Jahre lang praktische Aufbauarbeit im Fabrikarbeiterverband geleistet hat, daß er elf Jahre in der Ortsverwaltung einer der ersten Fabrikarbeiter — in Braunschweig — tätig gewesen ist und 1919, vom Vertrauen seiner Kollegen getragen, den Ge-

werkschaftskongress in Nürnberg, sowie 1920 den Verbandstag besuchte. Sein Hinauswurf aus dem Fabrikarbeiterverband erfolgte 1921 deswegen, weil er von seinen Kollegen nach Moskau, zum Studium der Verhältnisse in Rußland, geführt worden war. Dieser „gewisse R. Sachs“ ist dann tatsächlich im Industrieverband der Chemiearbeiter gewesen und hat sich dort ununterbrochen eingefunden für den Zusammenschluß mit dem Fabrikarbeiterverband, für die Einheit der Gewerkschaftsfront der Arbeiterschaft.

Abschließen von diesen Vorwürfen gegen den Genossen Sachs ist die Methode, wie man eine auf das Augblatt der Opposition gedruckte Beleidigungserklärung glaubt, im Interesse der Gewerkschaften viel bedauerlich. Es heißt da: „Sie — die Oppositionellen — sind weder beansprucht noch berechtigt, im Namen des Verbandes Eintrittsgeld zu erheben. Der Verband kommt für finanzielle Schwierigkeiten, die daraus entstehen, nicht auf.“

Eine solche Denunzierung ehrlicher Gewerkschaftsarbeiter, denen es darum zu tun ist, den letzten Arbeiter in den Gewerkschaften zu organisieren, ist wirklich einarkes Stuß. Aus der Beleidigungserklärung geht klar hervor, daß sie an die Zahlstellenleistungen abzielten und keiner ist absolut keine Ruhlt oder eine Quittung für das Beitragsgeld angehängt, so daß es eine plakate Verleumdung ist, wenn man den Willen der Opposition, neue Mitglieder zu werben, solche Motive unterschreibt. Die oppositionellen Kollegen werden sich davon nicht beeinflussen lassen, sie werden nun erst recht dafür sorgen, daß dem Verband ständig neue Mitglieder zugelassen werden.

Daran scheint der „Proletarier“ kein Interesse zu haben.

Produktionskosten in der Landwirtschaft

H. K. A.

Das „Not“geheiße der Agrarbourgeois ist man nachgerade gewohnt, angehört der gegenwärtigen Lohnverhandlungen in fast allen großagraristischen Gebieten Deutschlands hören wir es wieder in verstärktem Maße. Sehen wir uns die Produktionskosten heute gegenüber 1913 an.

Die hauptsächlichsten Produktionskosten in der Großlandwirtschaft entfallen auf Löhne und Düngemittel.

Die Löhne der Landarbeiter haben sich gegenüber 1913 durchschnittlich um rund 5 Prozent erhöht. Die Preise für Düngemittel betragen nach Angabe der großagraristischen preußischen Hauptlandwirtschaftskammer in Markt für Allokatoren Prezente:

Dez. 1913 Dez. 1926 Prozent der

Superphosphat	0,25	0,35	100
Thomasmehl	0,20	0,215	105
Schwefel-Ammoniat	1,20	0,28	75
50 Prozent Kalidüngemalz	0,164	0,178	107

Löhne und Düngemittel ergeben rund dreiviertel des Ausgabenkontos der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Die Angaben, hauptsächlich auf Industrieerzeugnisse entfallenden Ausgaben, können wir mit dem Durchschnittsindex für Industrieerzeugnisse von rund 125 Prozent einsetzen. Insgesamt kommt also höchstens eine Steigerung der Produktionskosten gegenüber 1913 auf rund 110 (1913 gleich 100) zurück.

Die hauptsächlichsten Einnahmekonten des landwirtschaftlichen Großbetriebes entfallen auf Roggen, Weizen, Kartoffeln. Hier zeigt sich folgende Preissteigerung pro Zentner:

Dez. 1913 Dez. 1926 Prozent der

Roggen	7,94	11,70	447
Weizen	9,50	13	137
Kartoffeln	1,71	2,78	63

Die „Scher“ hat sich also ähnlich hoch zugunsten der Agrarbourgeois geöffnet. Sie führen allerdings demgegenüber an, daß die Ernteerträge geringer, die Steuern und die Kredizitaten höher als vor dem Kriege sind. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Zahl der Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Großbetrieben wesentlich geringer (bis 30 Prozent) ist, weniger Düngemittel und Saatgut verwendet wird als vor dem Kriege. Was die Steuern an betrifft, müßte die preußische Regierung feststellen, daß zum Beispiel in Oldenbrück 60 Prozent der Güterhersteller keine Einkommensteuer entrichten, bei weiteren 20 Prozent eine Nachprüfung schwiegt. Wir haben aus einem pommerschen Kreis ähnliche Angaben, dort zählt von den großen Grundherren nur ein einziger Einkommensteuer, dagegen die Kleinbürger alle höhere Steuern als vor dem Kriege. Weniger als nichts könnten die Gutsherren vor dem Kriege auch nicht an Steuern bezahlen. Betteln der höheren Kredizitaten muß erstmals beachtet werden, daß vor dem Kriege entsprechend den einigermaßen genauen Berechnungen von Speck die Realverhöldung der Landwirtschaft 14,7 Milliarden Mark und die neue Realverhöldung 6 Milliarden betragen. Die Ziffern betragen nach dem Kriege nach Speck insgesamt 385 Millionen und 1925 bei dem erhöhten Zinsfuß 400 Millionen. Seit 1925 ist übrigens der Zinsfuß wesentlich gesunken. Die Tatsache, daß die Agrarbourgeois heute höhere Profite machen als vor dem Kriege, steht also fest. Anders ist das bei der Kleinbürgerlichkeit. Ihre Hauptähnlichkeiten enthalten neben den wesentlich erhöhten, zumindest verdoppelten

Vorriegspreisen

Prezente:

Dez. 1913 Dez. 1926 Prozent der

Roggen	7,94	11,70	447
Weizen	9,50	13	137
Kartoffeln	1,71	2,78	63

Die „Scher“ hat sich also ähnlich hoch zugunsten der Agrarbourgeois geöffnet. Sie führen allerdings demgegenüber an, daß die Ernteerträge geringer, die Steuern und die Kredizitaten höher als vor dem Kriege sind. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Zahl der Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Großbetrieben wesentlich geringer (bis 30 Prozent) ist, weniger Düngemittel und Saatgut verwendet wird als vor dem Kriege. Was die Steuern an betrifft, müßte die preußische Regierung feststellen, daß zum Beispiel in Oldenbrück 60 Prozent der Güterhersteller keine Einkommensteuer entrichten, bei weiteren 20 Prozent eine Nachprüfung schwiegt. Wir haben aus einem pommerschen Kreis ähnliche Angaben, dort zählt von den großen Grundherren nur ein einziger Einkommensteuer, dagegen die Kleinbürger alle höhere Steuern als vor dem Kriege. Weniger als nichts könnten die Gutsherren vor dem Kriege auch nicht an Steuern bezahlen. Betteln der höheren Kredizitaten muß erstmals beachtet werden, daß vor dem Kriege entsprechend den einigermaßen genauen Berechnungen von Speck die Realverhöldung der Landwirtschaft 14,7 Milliarden Mark und die neue Realverhöldung 6 Milliarden betragen. Die Ziffern betragen nach dem Kriege nach Speck insgesamt 385 Millionen und 1925 bei dem erhöhten Zinsfuß 400 Millionen. Seit 1925 ist übrigens der Zinsfuß wesentlich gesunken. Die Tatsache, daß die Agrarbourgeois heute höhere Profite machen als vor dem Kriege, steht also fest. Anders ist das bei der Kleinbürgerlichkeit. Ihre Hauptähnlichkeiten enthalten neben den wesentlich erhöhten, zumindest verdoppelten

Steuern, auf Textil (Kleider) und Lederwaren (Schuhe, Gürtel), sowie auf Futtermittel und Geräte.

Den Index für diese Waren entnehmen wir — bis auf Textilwaren — dem Bericht der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer, wonach sich folgendes Bild zeigt:

Dez. 1913 Dez. 1926 Prozent der Vorriegspreise

Gürtel und Schuhe	210	347,67	166
Mais 50 Kilogramm	7,94	11,29	142
kleine Maschinen u. Geräte	1735	2256	130

Textilwaren (nach Großhandelsindex des Berl. L.) 117

Die hauptsächlichsten Einnahmen des Bauern ergeben sich aus dem Viehverkauf und aus Milchprodukten. Die Preise der Hauptlandwirtschaftskammer gibt dazu folgende Preise pro 50 Kilogramm an:

Dez. 1913 Dez. 1926 Prozent der Vorriegspreise

Schweine, Qualität c	43,82	50,82	138
Ochsen, Qualität c	43,20	44,30	103
Butter	129	179	138

Zumindest ist hier die „Scher“ nicht zugunsten des Bauern gestoßen, eher umgedreht. Dabei muß man noch beachten, daß infolge der kapitalistischen Rationalisierung einem größeren Teil der kleinen Bauernhöfe der kein Wirtschaftseinkommen ergänzende Nebeneinkommen (Lohnarbeit in der Industrie oder Landwirtschaft) entzogen ist.

Zusammenfassend stellen wir fest: Bei den Großgrundbesitzern nehmen die Profite zu, bei den Kleinbauern und Landarbeitern aber die Rot.

Wahlberechtigung und Wahlbarkeit zum Betriebsrat

In jedem Betrieb soll eine Betriebsvertretung bestehen. Sind 20 und mehr Arbeiter beschäftigt, wird ein Betriebsrat gewählt, sind weniger Arbeiter beschäftigt, dann wird ein Betriebsausschuß gewählt. Dabei muß man noch beachten, daß infolge der kapitalistischen Rationalisierung einem größeren Teil der kleinen Bauernhöfe der kein Wirtschaftseinkommen ergänzende Nebeneinkommen (Lohnarbeit in der Industrie oder Landwirtschaft) entzogen ist.

Sieben Wochen nachdem die Voraussetzungen für die Betriebsvertretung gegeben sind, ist dieselbe zu bilden. Bestand ihres eine Vertretung, so muß 1 Woche vor der Wahl ein Wahlvorstand bestimmt werden.

Wahlberechtigung zum Betriebsrat deckt jeden Arbeiter oder Angestellten, der mindestens 18 Jahre und im Besitz der Bürgerlichen Ehrenrechte ist. Weitere Voraussetzungen sind nicht zu erfüllen.

Für die Wahlbarkeit sind folgende Bedingungen gestellt:

Die Kandidaten müssen 24 Jahre alt sein, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sie müssen im Besitz der „bürgerlichen Ehrenrechte“ sein, dürfen sich nicht mehr in Berlaußau befinden, müssen am Wahltag mindestens 6 Monate im Betrieb sein und seit drei Jahren dem Gewerbe oder Beruf angehören, in dem sie tätig sind.

Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß der Kandidat lediglich Monate ununterbrochen im Betrieb tätig war, es genügt, wenn die Zeiten der Zugehörigkeit zu dem Unternehmen zusammen 6 Monate betragen. Auch ist nicht die Zugehörigkeit zu einzelnen Betrieben oder Zweigbetrieben, sondern die Zugehörigkeit zum Gesamtunternehmen bestimmend.

Bestellt das Unternehmen keine 6 Monate, so genügt die Zugehörigkeit vom Betriebsbeginn. Wenn nicht genügend Bewerber vorhanden sind, die die Bedingungen erfüllen, können andere gewählt werden.

Von der dreijährigen Zugehörigkeit zum Gewerbe- oder Berufswort kann nur absolutes werden bei Schwerbehinderten und dann, wenn absolut nicht genügend Bewerber da sind. Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Gewerkschaftliches Gewerkschaftskursus!

Achtung!

Heute Dienstag, den 15. März, abends 7 Uhr im Kaulbachhof 1. Abend. Genosse Melcher spricht über: „Die Entwicklung der Gewerkschaften“. Teilnehmer haben alle Gewerkschaftskunstionäre, Fraktionaleiter und Gewerkschaftsleiter.

Holzarbeiter. Bezirk Röthenbach. Bezirkssammlung Dienstag, den 22. März, nachmittags 5 Uhr im Bürgergarten 1. Vortragssabend des Lehrers Stetsfeld über Kapitalismus und Imperialismus. Anschließend Gewerkschaftsangelegenheiten, Auszahlung der Unterstützung vor der Versammlung. Alle Holzarbeiter müssen erscheinen.

Ortsauskunft Rengsdorf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr in dem Restaurant zum Ruhbaum Sigring. Von 6,30 Uhr an in demselben Lokal Vorstandssitzung.</p

Der Volksport

Turmpiele

Resultate vom 13. März 1927.

Handball:

Friedrichstadt 1—Röhrsdorf 1 8:1 (2:1). Es war vom Anfang bis Ende überlegen. R. spielte etwas hart, der Tormünder leistete vorzügliche Arbeit.

Cotta 1—Döbeln 1 7:3. Die C. zeigten sich von der besten Seite. D. entpuppten nicht den Erwartungen.

Ottendorf 1—Wilsdruff 1 7:1 (4:0). Wie vorausgesagt, hatte W. auf dem Ottendorfer Platz schwere Stand, und so kam obiges Resultat an.

Reichenbach 1—Oberhermsdorf 1. Oberhermsdorf zog es vor, den Sieg im Stich zu lassen.

Cunnersdorfer 1—Röhrsdorf 1 8:2 abgebrochen.

Dresden 1885 2—Leuben 1 4:2 (2:1). Beide Mannschaften spielten sehr zerfahren. L. mit 8 Mann spielend, verstand sich sehr gut durchzuarbeiten, doch die Verletzung verhinderte die meiste Angriffe.

Untere Mannschaften: Döbeln 1—Röhrsdorf 3 7:2. Friedrichstadt 2—Görlitz 2 13:1. Wilsdruff 2—Wehlen 3 9:3. Hohndorf 2—Reichenbach 8 5:4.

Jugend: Döbeln 1—Cunnersdorf 1 1:1. Friedrichstadt 1—Wehlen 2 3:1. Cotta 1—Röhrsdorf 1 0:1. DSV 1—Somsdorf 1 2:0.

Spielerinnen: Friedrichstadt 1—Dresden 1885 1 1:0 (0:0). 1885 enttäuschte, vor allem die Säumerinzeige zeigte keine befriedigende Leistungen. Es konnte gut gefallen.

Röhrsdorf 1—Röhrsdorf 1 5:1 (2:1). Die R. entpuppten sich als ein gefährliches Ganzes. R. war nicht zu unterdrücken, doch bei ihnen fehlte der nötige Torschuh.

Wehlen 1—Röhrsdorf 1 0:1. Unerwartet wurde P. von L. gelöscht. L. war gut im Schwung.

Mitglieder: Radebeul 1—Vollendorf 1 13:3 (5:1). P. mit Erfolg spielen, dadurch gelähmt, können sie R. keinen großen Widerstand leisten. Der Wechsel des P. Torschützen brachte die große Niederlage.

Cunnersdorfer 1—Röhrsdorf 1 3:3 (2:2) abgebrochen. Ein schönes Spiel war zu erwarten, wurde jedoch durch den dem Spiele nicht gewachsenen Schiedsrichter zerstört. Wegen Herausgehen eines Linienrichters wurde das Spiel abgebrochen.

Handball: Görlitz 1—Röhrsdorf 1 8:0. Der Meisterschaftsmeister war im ganzen Spiel überlegen. Das hohe Resultat verblieb bei der R. Torschützen.

9. Bezirk, Turnspieler Blauenthaler Grund, 13. März. Der Spielbetrieb war miss. Cunnersdorfer 1 konnte gegen Radebeul 1 am Sonnabend ein knappes 5:4 erzielen. Gittersee 1—Jauderode 10:3. Der Tormünder von Jauderode verhinderte Erfolge der Gitterseer. Oberhersdorf—Wehlen spielten 2:2. Cunnersdorfer 1 wollte in Jauderode und konnte einen Sieg von 7:1 erzielen. Das Resultat entspricht dem Spielverlauf. Jauderode Sportl. wollte ebenfalls in Jauderode und verlor 4:1. Handball: Deuben 2 erzielte gegen Cotta 1 ein 6:0. Deuben 1 Röhrsdorf 1 2:3. Deuben 2 Jagd. - Görlitz 1 Jagd. 0:2. Gittersee Schüler—Röhrsdorf Schüler 0:4.

Achtung! Berichterstattung!

Donnerstag, den 17. März, abends 7:30 Uhr: Sitzung in der Geschäftsstelle, Altenbergsstraße 8. Gen. Schreiber spricht über: Sinn des Spielens. Da der interessante Vortrag pünktlich 7:30 Uhr beginnt, ist es Pflicht eines jeden Vertreters, daß er zur angekündigten Zeit erscheint. Gäste willkommen. Besondere Einladungen erfolgen nicht. Jeder Verein muß vertreten sein.

Der Redakteur der Arbeiter-Turn-Zeitung als Schwindler enttarbt

Die Hamburger Volkszeitung vom 14. Februar bringt die Notiz eines Arbeiterkorrespondenten, die sich mit der Aufnahme von bürgerlichen Sportberichten in der SPD-Bürokratie beschäftigt. Es heißt dort:

"Zum Protokoll vom Bundesrat des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der im vergangenen Sommer in Hamburg tagte, führte Heinrich Schwalbe, Dresden, unter anderem folgendes aus: „Ja Schwalbe bringt nicht ein einziges SPD- oder KPD-Blatt bürgerlicher Sportnachrichten, aber anderswo steht es noch trocken darum.“ (Zitat: „Wo denn?“) Da aus dem Protokoll nicht ersichtlich ist ob der Wissensdurst des Zwischenrats gestillt wurde und somit leicht die Auffassung entstehen könnte, daß es in übrigen Deutschland ebenso ist, stelle ich folgendes fest: Die in Kiel erscheinende Schleswig-Hol-

steinische Volkszeitung, Organ der SPD, kann es heute noch mit den Grundzügen einer Arbeiterszeitung in Einklang bringen, über bürgerlichen Fußballsport und bürgerlichen Meisterschaftenlegenden zu berichten. Während sie den Arbeitersportvereinen in der Provinz die größten Scherze machen, wenn sie Berichte zur Berufssportförderung einführen. Es erübrigts sich, diesem Verhalten einer Arbeiterszeitung etwas hinzuzufügen...."

Dazu wird weiter mitgeteilt, daß die Arbeiters-Turn-Zeitung, deren Redakteur Mitglied der SPD ist, es ablehnt hat, diese Notiz zu bringen, da eine Kritik der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung war berechtigt ist, jedoch nur eine Richtung treffen.

Die Zeitungen der KPD machen es nicht anders.

Der Redakteur der Arbeiters-Turn-Zeitung Kreuzburg ist ein Kommunistenfreier erster Güte. Er kann zwar keinen Beweis dafür erbringen, daß die kommunistische Parteipresse bürgerliche Sportberichte bringt, schreibt aber trotzdem nicht davon zurück.

Derartige Lügen zu verbreiten, er verzögert damit als stammer Sozialdemokrat den offiziellen Frieden, die Arbeitersportler trete zu führen, die immer entschiedener gegen die Aufnahme von bürgerlichen Sportberichten in der SPD-Bürokratie protestieren. Mit solchen Ablenkungsmanövern wird es dem Kreuzburg jedoch nicht gelingen. Der Schwindel ist zu offensichtlich.

Der 3. Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Klubs Deutschlands

Am 5. und 6. März tagte im Gewerkschaftshaus in Berlin die 3. Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Klubs. Der Auftakt beweist, daß die Arbeiter-Radio-Bewegung auf dem Wege ist, eine außerordentliche Bedeutung zu gewinnen und ein Faktor zu werden, mit dem zu rechnen ist. Das beweisen u. a. die Reden der geladenen Gäste, Rosoway, Wien, vom Freien Radio-Bund Österreichs, des Staatssekretärs a. D. Baute vom 1. Kulturbund und des Reichstagsabgeordneten Tröpelin von der Reichstagsfraktion der SPD.

Begrüßungsreden hatte die Reichstagsfraktion der KPD gesandt, deren Vertreter durch den Vortragtag in Essen am Ergebnis verhindert war. Die russischen Arbeiter-Komitee begrüßten die Konferenz durch den Moskauer Sender auf Welle 1450.

Die Tagung selbst befand sich an den bisherigen Richtlinien der Überparteilichkeit und zur organisatorischen Zusammenarbeit mit allen anderen Kulturoorganisationen der Arbeiterschaft.

Sie wandte sich in verschärfster Form gegen die einseitige Tendenz des Rundfunks und gegen die heutige Rundfunkleitung. Stellung genommen wurde gegen das Reichspostministerium, das bürgerlichen Rundvereinen die Erlaubnis zum Betrieb von Rundfunkstationen erteilt hat, die aber dem Arbeiter-Radio-Klub ver sagt. Anträge, die die Herabsetzung der Rundfunkgebühren und die Befreiung Arbeitersoldaten und älter Körperfähiger forderten, wurden angenommen. Ein Antrag, der die Umbenennung des Vereins in "Arbeiter-Radio-Bund" verlangte, wurde abgelehnt, dafür die Benennung in Arbeiter-Radio-Bund einstimmig beschlossen.

Die Beitragfrage wurde neu geregelt und der Bezug des Neuen Rundfunks angelegerichtet empfohlen.

Die den zweiten Verhandlungstag abschließende Vorstandswahl ergab als 1. Vorstehenden Baute, Berlin, und als zweiten Vorstehenden Hoffmann, Schmargendorf.

Der Verein für volkstümlichen Wassersport, Abteilung Altstadt-Ost veranstaltet am Dienstag, dem 15. März, abends 8 Uhr ein erstes dreitägiges Werbelaufen im Günzbad. Die Zeitung ist beliebt gewesen, ein Programm zusammenzustellen, das nicht nur Wettkämpfe im Schwimmen, sondern auch Frauenfunktionen, belebende Rettungsvorführungen und einige weitere Einlagen enthält. Durch auf den Galerien aufgestellte Tribünen wird es allen Zuschauern möglich sein die ganze Wasserfläche zu übersehen. Alle Freunde des Arbeiterschwimmens sind hierzu herzlich eingeladen. Den bürgerlichen Schwimmvereinen soll gezeigt werden, daß die Arbeiterschwimmer ihre Volkstümlichkeit auszeichnen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Groß-Dresden. Brauereiabend. Mittwoch, den 10. März findet im Volkshochschule (Hohenlohestrasse 1), Eingang Schülengang ein wichtiger Vortrag statt. Frauen als Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Freital. Gruppe Dresden. Dienstag, den 16. März, 8 Uhr Übungsausbend in der Linde.

Verband Volksgesundheit, Dresden-R. und Radebeul, 28. März, abends 7 Uhr im Jugendheim, Oppelnstraße 12. Experimentalausbend des Gen. Horster in physikalischen und magnetischen Erfindungen. 2. Vortrag in der Reichskrone, Bilzhofplatz, 18. Gründungsfeier, bestehend in Gesang, Konzert und

Kaff. Mitwirkende: Mitgli. der Staatsoper, vollbesetztes Teatro, berichterstatter, zum Tanz zwei Kapellen. Karten je 50 Pf. durch Vorstandsmitglieder erhältlich.

Arbeiter-Sänger-Verein, Begehr Blauenthaler Grund. Die diesjährige Jahresversammlung mußte wegen den Jugendmärschen verlegt werden. Sie findet am Sonntag, dem 3. April, vor 10 Uhr, im Rest. Zur Eltern Post statt. Auf 30 Mitglieder ein Delegierter. Anträge sind bis 20. März einzureichen. Am Sonntag, dem 20. März, 10 Uhr vormittags Ausführung im Häßlers Gasthof, Freital-Döhlen. Jeder Bez. Verein muß vertreten sein.

Der Arbeiter-Sänger-Verein, Distrikt Dresden Industriegebiet, veranstaltet einen Esperanto-Unterrichtskursus. Herr Studentrat Professor Lohmann, Oberlößnitz, darf sich dabei erläutern. Die Leitung ist übernommen. Der Kursus beginnt den 1. April in der Volksschule Freiberger Platz, Zimmer 40, ab 7 Uhr und findet jeden Mittwoch statt. Als Kursusleiter haben die Teilnehmer nur die Zimmerei aufzubringen. Anmeldungen werden noch vom Distriktoffiz. Gen. P. Köder, Tharandter Straße 6, entgegengenommen.

Veranstaltungskalender

Kommunistische Partei

Stadtteil Striesen. Der Rundfunkabend wird fortgesetzt. Die nächsten Themen haben statt: 17. und 24. März (Donnerstag). Thema: Blaues Band. Ref.: Blaues Band. Beginn jedesmal 7:30 Uhr.

Dienstag, den 15. März: Zentrum 8, 7:30 Uhr wichtig Funktionärsitzung im Büro der ZB. Güterbahnhofstraße. Alle Funktionäre müssen anwesen sein.

Mittwoch, den 16. März: Gewerkschaftsraum Görlitz, 16 Uhr norm. wichtige Sitzung im bekannten Hofal. Zellengruppe Ried, 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof Probst. Alle haben zu erscheinen!

Mittwoch, den 16. März: Gewerkschaftsraum Görlitz, 16 Uhr Fortsetzung des Rundfunkabend im Bürgerhof. Nur Delegierte der Zellengruppe dürfen teilnehmen. Antragsantragung mitbringen.

Kommunistischer Jugendverband

Dienstag, den 15. März: Zentrale, 7 Uhr abends bei Gen. Martin Funktionärsitzung.

Mittwoch, den 16. März: Zentrale, 7:30 Uhr in Meißner Restaurant Gruppenabend.

Gruppe Johannstadt. Fortsetzung des Grundwissenkurses bei Genossin Else Wornisch, Augsburger Straße 18. Beginn 7:30 Uhr. Alle Genossen haben zu erscheinen.

Arbeiter-Frontkämpferbund

Untergasse Zittau. Alle anwesenden Angehörigen vom Kellort. Geg. sind sofort an UG-Leitung einzutragen.

Dienstag, den 15. März: Zentrale, 7 Uhr abends bei Gen. Martin Funktionärsitzung.

Mittwoch, den 16. März: Tambourzug Groß-Dresden, 7 Uhr abends im Bürgergarten in Löbtau. Versammlung.

Freitag, den 18. März: Oberzig, 8 Uhr Schulungskursus im Grünen Baum. Referat: Die innen- und außenpolitische Lage.

Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Bund

Donnerstag, den 17. März: Radeberg, 7:30 Uhr im Deutschen Haus Generalversammlung. Referatin vom Bau anwenden.

Verband für Freidenker und Freierbestattung e. V.

Donnerstag, den 17. März: Gruppe Riesa, 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Jugendheim, Viehstraße. Rundfunkorttag Kloster. Rechte. Mitglieder der GPF, die sich anschließen wollen, als Gäste willkommen.

Proletarische Freidenker

Mittwoch, den 16. März: Bildhauerwerke, 7:30 Uhr im Hotel Goldene Sonne öffentliche Rundfunkversammlung. Gen. Ulrich Kühs, Zittau, spricht: "Gehen andere Kinder Christen" oder "helden" werden?

Eitern sind hierzu besonders eingeladen.

Zittau, 4:30 Uhr Kaufendianben in der Schule An der Rue. Sonntag, den 20. März:

Zittau, 9:30 Uhr norm. findet in der Schulturnhalle der Schule An der Rue die Jugendfeier statt. Eintritt 50 Pf. Erwerbslos 30 Pf.

Dresdener Volksbühne E. V.

15. Sinfonie-Konzert

Morgen Mittwoch, 10. März, 18 Uhr, Gewerbehause

Leitung: Eduard Marck, Dirigent: Dresden Philharmonie

Mitwirkung: Paul Aron (Klavier)

1. Sinfonie, Harold in Italien, Soloobrassches: Herbert Goetzfeld.

2. Menuett de Falta, Nächte in spanischen Gärten, Symphonie.

Impressionen für Klavier und Orchester, Erstaufführung in Dresden. Paul Aron, Celeste, Josef Gundlach.

3. Liedk. Max Reger, Symphonie, Rauschtag, Julius Röntgen, Prager Str. 12.

Die Mitglieder werden erachtet, die Plakatkasse zu besuchen.

Preis: Kartenkasse 1,50,— bis 2,—

Freier Kartenkasse für Nichtmitglieder nur bei P. Ries.

Freier Kartenkasse für Nichtmitglieder nur bei P. Ries.